BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie sehr herzlich, ebenso ganz besonders herzlich möchte ich den Herrn Prof. Breitling, den Verfasser unseres Stadtentwicklungskonzeptes, in unserer Mitte begrüßen.

Beifallskundgebung

Weiters begrüße ich die Damen und Herren aus unserer Bürgerschaft und die Vertreter der Medien. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und mir die Gemeinderäte Anna Jeloucan und Martin-Randolf Eisner als Protokollprüfer gemeldet wurden. Ich darf fragen, ob die Herrschaften diese Funktion annehmen? Jawohl. Ich bitte, das im Protokoll einzufügen. Entschuldigt haben sich Herr StR. Spöck und Herr GR Bachner ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

StR. Eichhübl ist beruflich verhindert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

sowie Herr StR. Eichhübl.

Meine Damen und Herren, es liegen keine Anfragen vor. Die Mitteilungen des Bürgermeisters habe ich in der letzten Sitzung, die ja nur 14 Tage zurückliegt, gemacht. Ich darf sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und möchte, nachdem wir heute nur einen - allerdings so wichtigen - Tagesordnungspunkt als Verhandlungsgegenstand haben, hiezu den Vorsitz an die Kollegin Vizebgm. Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Prof. Breitling, uns den Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes in der Endfassung zu präsentieren. Bitte, Herr Prof. Breitling.

UNIV.PROF.DR. HANS-PETER BREITLING:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie wissen ja, ich habe mit der Anrede immer so gewisse Schwierigkeiten, weil so viele illustre Leute versammelt sind und habe ihnen schon einmal gesagt, die Italiener helfen sich da aus der Klemme, indem sie Autorita sagen, also: „Autorita“.

Ich will dieses kleine Referat über das überarbeitete Stadtentwicklungskonzept mit zwei Bildern beginnen, die sie, auf das was sie erwartet, einstimmen sollen. Das ist die Innenstadt von Steyr, mit der Altstadt, mit dem Steyrdorf, Ennsdorf. Als nächstes der Außenbereich von Steyr, die

landwirtschaftliche Region im Westen der Stadt. Und wenn man diese Bilder ansieht, dann könnte einer vielleicht auf den Gedanken kommen, ich verzögerte mit Absicht die Fertigstellung des Stadtentwicklungskonzeptes, um möglichst lange in dieser schönen Stadt arbeiten zu können. Nun, ich arbeite wirklich sehr gerne in dieser schönen Stadt, aber der Schluß, daß ich es absichtlich lange machte, könnte falscher nicht sein. Aber die Tatsache, daß Steyr sehr viel positive Züge in Struktur und Gestalt hat, ist nun einmal nicht wegzudiskutieren. Ich fange mit dem Schluß an und werde ihn selbstverständlich am Ende wieder bringen. Dieses Blatt soll also am Schluß meiner Einführung stehen und sie haben es auch in ihr Heft mit der Kurzfassung gesteckt bekommen - den **Funktionsplan**. Sie sehen, alles was dünnfarbig angelegt ist, ist der Bestand und das, was sich in den nächsten 10 Jahren ändert. Die Maßnahmen, die sind stark angelegt, also mit Tusche bzw. mit Filzschreiber gekennzeichnet. Und wenn man so einen Plan sieht, könnte man auf den Gedanken kommen, das wäre sozusagen schon der Plan. Ich möchte sie bitten, das nicht zu denken, denn das Entwicklungskonzept ist - schon wie der Name sagt - ein Konzept, eine Schnur, an der man sich entlangbewegt, ein Leitfaden. Es ist aber keineswegs ein Prokrustesbett, wo man die Stadt hineinlegt und oben und unten wird abgehackt und es kann sich überhaupt nichts mehr ändern. Die Lebenswirklichkeit tut uns nicht den Gefallen, sich nach unseren Plänen zu verhalten. Sie kennen wahrscheinlich den Spruch von Bert Brecht: „Mach nur den schönen Plan, sei nur ein großes Licht, mach noch einen anderen Plan, geh'n tun sie beide nicht. Pläne haben das so an sich, daß sie sich im Verlauf von 10 J. ändern können. Das heißt aber nicht, daß sich die Stadt die Planung schenken könnte, sondern sie muß versuchen, eine **Leitlinie** für ihre Entwicklung zu beschließen. Und zur Wiederholung und Vertiefung möchte ich sagen, daß es diese Leitlinie gesetzlich erst seit 1994 gibt. Seit 1994 muß jede Stadt Probleme, Ziele, Maßnahmen und wenn möglich, so ist der Text des Gesetzes, die Kosten in einem genau vorgeschriebenen Verfahren abchecken. Es gab zwar vorher auch schon die Pflicht, die Ziele der örtlichen Raumordnung bekanntzugeben, das ist aber sozusagen unwirksam geblieben, weil die Gemeinden dann nur so unverbindliche Texte gemacht haben, die dem Land überhaupt keine Möglichkeit gegeben haben, dieses Konzept zu überprüfen, und daher also ein **Entwicklungskonzept.** Dieses Stadtentwicklungskonzept hätte schon 1994 fertig sein können und wäre dann das erste verabschiedete örtliche Entwicklungskonzept von OÖ. gewesen, aber aus der Gesetzesformulierung, wenn möglich Kosten der Maßnahmen, wurde eine sehr detaillierte Kostenschätzung, die natürlich zuviel Bedenken und Anregung Anlaß bot und entsprechend lange gedauert hat.

Im Sommer 1995 habe ich den Entwurf mit einer Kostenschätzung präsentiert. Ihre Fraktionen entdeckten eine ganze Reihe von Mängeln im Konzept, im Gegensatz zum Vorentwurf, der viele oder fast alle der später kritisierten Punkte auch schon enthielt, die aber niemand sozusagen aufgescheucht hat. Und die Debatte über diese Kritik dauerte einschl. der zusätzlichen Informations- und Partizipationsmöglichkeiten bis November letzten Jahres. Insbesondere die Kostenschätzung war nicht vor der Budgeterstellung für 1997 machbar, also adaptierbar. Und wie sie wissen, ist die erst im Dezember beschlossen worden. Dies also zu meiner Entschuldigung, warum sie so lange auf diesen Vortrag im Plenum des Gemeinderates warten mußten.

Das Leitbild. Leitbild, ich wiederhole es noch einmal, kommt im OÖ. Raumordnungsgesetz nicht vor, ist aber in der Tat sehr wichtig und in den Schriften, die Herr Hofrat Kolb nach dem Gesetz zur Diskussion gebracht hat, kommt also dieses Leitbild expressis verbis vor. Und da wir das bei der letzten Vorstellung noch nicht im Konzept hatten, hier ganz kurz telegrammstilartig die wichtigsten Punkte, die dieses Entwicklungsschema betreffen. Und nun bitte ich sie um Nachsicht, ich brauche das Blatt zweimal und habe deswegen hier eine alte Fassung vom letzten Sommer oder Herbst hineingetan, aber zur Beschreibung der wichtigsten Punkte möchte es ja gehen. Der allerwichtigste Punkt ist die ausgeprägte individuelle Topographie der Stadt Steyr. Sie sehen also diese Grünbeziehungen, die sich in die Stadt hereinziehen, die natürlich durch die starke Kopierung des Geländes mehr hervorgehoben werden. Also an der Enns und an der Steyr entlang, gibt es eben diese Hangwälder, die ein unglaublich wichtiger Punkt für die Gestalt und Struktur der Stadt sind.

Zweiter Punkt. Die Stadt hat verhältnismäßig geringe **Wachstumskräfte**. Wenn's gut geht, wenn's sehr gut geht, dann sind das 8,5 ‰ pro Jahr, das heißt also, während der Zeitdauer dieses

Entwicklungskonzeptes werden es vielleicht 3.000 Menschen sein, wahrscheinlich aber auch weniger. Dann sehen sie die bereits bestehenden Nachbarschaften, die entstanden, weil der Talboden und die flacheren Hänge der Enns und der Steyr keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr boten. Und diese Einheiten, diese Nachbarschaften, die ich Heimatorte genannt habe, die prägen also die Struktur. Es gibt auch viele solche Quartiere, die man vom Prinzip her auch als Heimatorte bezeichnen könnte, weil die Menschen sich sehr mit ihnen identifizieren, weil sie eine geschlossen Form haben, wie z.B. die Siedlung da unten auf dem Inselchen. Sie werden aber niemals in der Lage sein, eine eigene Infrastruktur zu tragen, denn sie haben viel zuwenig Eigenleben. Und dann etwas, was man nicht visualisieren kann, die Stärkung der alternativen Verkehrsarten. Also die **Fuß- und Radwege** des öffentl. Verkehrs sind ein ganz, ganz wichtiges Anliegen in der Stadtentwicklung Steyr's, und das bedeutet, daß man die Besiedlung zusammenhalten muß. Die Dichte sollte in Zukunft nicht unter 100 Einwohner je Bruttohektar sinken. Ich habe ihnen das schon einmal früher anhand der Szenerien erläutert, warum das eine Lebensfrage ist. Und aus diesen Kernpunkten ergibt sich nun ein Konzept, das offensichtlich für viele Menschen der Vision entbehrt, also des Zukunftsträchtigen. Nun frage ich mich, wie man mit einem Zuwachs von höchstens 3.000 Einwohnern in 10 Jahren, d.h. also in 20 Jahren max. 6.000 usw., daraus eine visionäre Form für die Stadt Steyr ableiten soll. Dieses Stadtentwicklungskonzept ist ein Konzept der inneren Stadtentwicklung, der Konsolidierung, der Verbesserung, der Sanierung, denn die Stadt ist eine Zeitlang so stürmisch gewachsen, daß die Infrastruktur nicht richtig mitgekommen ist. Es gibt also vieles, was man in der bestehenden Stadt noch tun kann, was die Struktur sehr stark verbessert und was vielleicht im Laufe der Zeit tatsächlich zu einer besseren Bedienbarkeit der öffentl. Verkehrsmittel und zu einem besseren Fuß- und Radwegenetz usw. führt. Die stärkere Betonung der leitbildhaften Gedanken des Stadtentwicklungskonzeptes war nur ein von den Fraktionen vorgetragener Kritikpunkt, der aber meiner Meinung nach wichtigste. Insgesamt wurden weitere 34 Anregungen von mir, hier im Entwicklungskonzept, aufgegriffen und verarbeitet. Ich kann natürlich nicht alle abhandeln, aber ich wollte noch einfügen, warum nicht alle Punkte im Lauf der Diskussion im Entwicklungsausschuß und im Lauf der Diskussion mit den Bürgern aufgegriffen wurden. Das liegt natürlich in der Natur der Sache. Es waren Themen dabei, die zwar interessant und wichtig sind, über die sie, die Gemeinderäte, aber nicht alle allein entscheiden können. Also z. B. alles, was die Region betrifft, ist von der Stadt nicht maßgeblich, also leadermäßig zu beeinflussen. Dann sind Themen dabei, die ihren Schwerpunkt in anderen Fällen der Raum- und Fachplanung haben; Verkehrskonzept, Bebauungsplanung, Architektur, überörtliche Raumordnung usw.

Und 3., Punkte, die bis heute nicht eindeutig geklärt werden konnten, weil unser aller Informationsstand zur eindeutigen Beurteilung nicht ausreicht. Beispiel: **Tagungs- und Kongreßzentrum**. Das konnte in diesem Entwicklungskonzept noch nicht endgültig fixiert werden. Nun zu den Punkten, von denen die Fraktionen gemeint hatten, sie müßten etwas ausführlicher behandelt werden, ich müßte mich etwas stärker mit ihnen beschäftigen. Einmal hatten sie gesagt, ich sollte mich etwas intensiver mit dem Thema **Heimatorte** beschäftigen, und das habe ich getan. Ich zeige ihnen eine allerdings schon etwas ältere Grafik, die ihnen zeigt, was wieviel Einwohner an Einrichtungen tragen können. Da gibt es eine unterste Ebene, die allerdings in den letzten Jahren ganz besonders ausgemagert worden ist. Das sind die Betriebe und die Dinge, die also 2.000 Einwohner tragen können. Die sind immer mehr zurückgegangen und erreichen z.B. noch nicht einmal mehr, oder stehen noch nicht einmal gerade für ein einzelnes Lebensmittelgeschäft, das früher angefangen von 1.000 Einwohnern bis in die Gegend von 2.000 ohne weiteres möglich war usw. Dann kommt aber eine Ebene von Gemeindebedarfseinrichtungen, irgendwo in der Größenordnung zw. 5.000 und 10.000. Da sehen sie, in welcher Größenordnung die Quartiere da liegen müßten, um eine Ladengruppe, eine Grundschule, eine Gastwirtschaft zu tragen. Und diese Einheit zw. 5 und 10.000 Einwohnern ist die Größe, die ein Heimatort haben muß, um einigermaßen ausgestattet zu sein.

Hier noch einmal das Entwicklungsschema und noch einmal der Hinweis darauf, daß Münichholz, Tabor, Ennsleite jetzt schon so groß sind, daß man sie als **Heimatorte** bezeichnen kann. Gleink ist eine Ausnahme, weil es sich seine dörfliche Struktur erhalten hat und trotz seiner geringen Einwohnerzahl einigermaßen ausgestattet ist. Resthof wird noch die notwendige Größe erreichen. Die übrigen Heimatorte hier, Steyrdorf, Wehrgraben, Altstadt, Ennsdorf, sind nicht in der Gefahr,

gesichtslos oder unausgestattet zu werden, weil in ihnen das Zentrum liegt. Pyrach/ Reichenschwall haben den Großvorteil, daß dort das Gelände der ehemaligen Reithofferwerke liegt, das man dicht bebauen kann und auch anschließend noch einige Fläche, wo ebenfalls eine dichte Bebauung Platz finden kann, sodaß also die Chance besteht, daß Pyrach/Reichenschwall eben auch seine eigene Ausstattung bekommt.

Zweiter Punkt - **Ökologische Perspektiven**.

Noch ein kleiner Nachtrag zu den Heimatorten. Ich habe lange darüber nachgedacht, wo man in den einzelnen Quartieren diese vielen Nachbarschaftsplätze unterbringen könnte, die also zum zwanglosen Zusammenkommen der Bevölkerung usw. dienen können, bei denen natürlich dafür gesorgt werden muß, daß die nicht vom Verkehr durchbraust werden, weil sonst sind es keine Nachbarschaftsplätze.

Hier noch die Sache mit den **Volksschulen**. Die Volksschulen sind natürlich ein sehr stark nachbarschaftsbildendes Element. Hier sind sie mit ihren Einzugsbereichen, und unterlegt ist die Punktekarte der Bevölkerung, 5 Einwohner, 1 Punkt. Das zeigt ihnen, daß hier oben der Resthof eigentlich schon längst auf dem Weg zu so einer Nachbarschaft ist, die mit einer Voksschule ausgestattet werden muß.

Zu der **ökologischen Perspektive** hatte ich immer schon diese Karte von Mag. Prack über das Steyrtal im Entwurf. Und ich habe also getan, was man zu dieser Ausdehnung dieser Untersuchung über das ganze Stadtgebiet tun kann. Ich habe nämlich im Einvernehmen mit der Landesregierung eine sogenannte Landschaftserhebung für Steyr gemacht, von der ich jetzt leider keinen Beleg habe. Und diese Landschaftserhebung soll nach den Vorstellungen des Landes durch die Mitarbeit eines Biologen zu einer eigentlichen Biotopkartierung ausgebaut werden. Es gibt hier einen Biologen, der das machen könnte. Die Verhandlungen sind im Gange, aber das dauert immer eine Zeitlang, bis man da sich einig ist.

Nächster Punkt - **Steyr in seiner Region**. Da werde ich nun natürlich nicht viel Neues sagen, sondern weithin bekannte Tatsachen wiederholen. Es gibt keine Stadtregion, die nach den Kriterien, keine Untersuchung darüber, wie weit die Stadtregion Steyr reicht. Ich denke, daß also der nördliche Teil des Bezirkes Steyr-Land und ein guter Teil südlichen Teiles zur Stadtregion gehört. Die statistischen Aussagen werden alle nur für den Bezirk Steyr-Stadt und für den Bezirk Steyr-Land gemacht. Und ich habe den Eindruck, daß Steyr in der überörtlichen Raumordnung eigentlich immer wie ein Anhängsel behandelt wird. Diese Karte ist ganz typisch dafür. Das stammt aus dem Raumordnungskonzept für den OÖ. Zentralraum. Es ist zwar da und dort von Steyr die Rede, aber alle Ausweisungen, alle Maßnahmen usw., die geplant wurden, beschränken sich auf den Donauraum, auf Wels, Linz, Enns usw. Von Steyr ist nirgends etwas eingetragen. Das hängt wohl auch damit zusammen, daß die Lage - die Verkehrslage - von Steyr denkbar schlecht ist. Sie sehen, das Schwarze sind die großen Verkehrsstraßen, die Autobahnen und Schnellstraßen, das Rote sind die Bahnlinien. Steyr hängt nur an einer eingleisigen Bahnstrecke (St. Valentin) und an ziemlich schlecht ausgebauten Bundesstraßen. Weil sie mir an das Herz gelegt hatten, dieser Sache einmal nachzugehen, habe ich das getan und vom Land diese Auskunft bekommen. Es wird fieberhaft daran gearbeitet, aber die zu wählende Alternative steht noch nicht fest. Es wird hier einerseits die Anbindung an den Ennser-Knoten der Autobahn diskutiert, andererseits aber auch an einen neuzuschaffenden Knoten bei der Eckmayrmühle. Ein Bescheid darüber ist frühestens im Frühjahr, ich denke so im Mai, nächsten Jahres zu erwarten.

Die Fußläufigkeit ist auch ein Punkt gewesen, zu dem sie noch weitere Auskünfte gewünscht haben. Das habe ich allerdings schon von Anfang an sehr stark berücksichtigt, obwohl es eigentlich eine Sache des Verkehrskonzeptes gewesen wäre. Aber die einzige Aussage hier über die Fußgänger, die im Verkehrskonzept drinnen ist, sind diese Pfeile, die zeigen, daß also diese Außennachbarschaften besser an die Innenstadt angeschlossen werden müssen, daß also die Fußgängerbeziehungen von einem zum anderen Ort verbessert werden müssen. Und das ist natürlich sehr ausführlich im

Entwicklungskonzept behandelt.

Der nächste Punkt ist der **Tourismus.** Da muß man sagen, der Tourismus ist ein merkwürdiges Zwittergebilde. Jede Stadt hat einen eigenen Tourismusverband und manchmal auch einen sehr tüchtigen Direktor, hier der Herr Neubaur, und andererseits wird aber für den Tourismus vom Bund und vom Land geworben, von der Österreichwerbung und vom Landestourismusverband. Und wenn nun eine Stadt, eine einzelne Stadt, in dieser Österreichwerbung mitberücksichtigt werden will, dann kann sie das nicht, denn diese Verbände nehmen keine einzelnen Gemeinden in ihre Werbekampagne auf, also mußte sich die Stadt mit Linz und Wels zusammenschließen. Das ist also der eine Verband. Zum anderen ist sie beteiligt an einem Verband um die österr. Romantikstraße und schließlich ist sie Mitglied in einer Vereinigung, die sich Kleinodstadt nennt. Da sind sehr viele, ungefähr 14 Städte daran beteiligt. Und die Aktivitäten, die über die einzelne Stadt hinausgehen, kommen in den Diskussionen der überörtlichen Verbände zustande. So z.B. die Region Phyrn/Eisenwurzen, bei der die Stadt auch mitmischt. Und diese Institution hat also dieses 3-Länder-Projekt Eisenstraße in die Welt gebracht. Das hat für Steyr den höchst erfreulichen Effekt, daß die länderübergreifende Ausstellung 1998 hier in Steyr einen wesentlichen Schwerpunkt bekommt. Nur der Vollständigkeit halber hier noch einmal die Österr. Romantikstraße, wo Steyr genau in der Mitte sitzt. Da gibt es das interessante Phänomen, daß ausländische Besucher eigentlich, außer Salzburg und Wien, nichts von Österreich kennen. Und daraus haben die Tourismusmanager den durchaus vernünftigen Schluß gezogen, daß sie eine Verbindung schaffen müssen, und daß sie dadurch, in solchen Städten wie Steyr, die im Bewußtsein der internationalen Touristen komischerweise ausgeblendet sind, stärker ins Bewußtsein kommen. Die örtlichen Dinge habe ich natürlich schon im Konzept ziemlich ausführlich behandelt. Das waren die Fragen: „Wo gibt es welche Gastronomien, wieviel Betten haben die einzelnen Hotels?“ usw. Ich bitte sie, das nachzulesen.

Die Frage der **Grünzüge**. Nun, die Grünzüge finde ich sind eigentlich nicht das richtige Wort, wir müßten eigentlich von **Grünzusammenhängen** sprechen. Die grüne Sache ist mir, wie sie gemerkt haben, sowieso ein großes Anliegen, denn ich weiß, daß die Fähigkeit eines Stadtplaners nicht danach bemessen wird, was unter seiner Ägide zugebaut, vorgebaut worden ist, sondern danach, was unter seiner Ägide freigeblieben ist, was künftigen Generationen noch als Masse zur Verfügung steht. Und da sieht man sehr gut, daß diese Heimatorte - alle miteinander - noch ziemlich ausgeprägte Reserven haben, wo man noch etwas unterbringen kann, sodaß man nicht diese starke Verdünnung der Bebauung weitertreiben muß. Dieses Gebilde wird also, wie sie sehen, durch diese von der Natur sehr begünstigten Grünzüge gegliedert, und dahinein kommen nun neue Elemente oder Elemente, die zwar schon da sind, aber deswegen nicht in diese Grünzusammenhänge eingebunden werden können, weil sie einen Zaun ringsherum haben, an dem kein einziger Baum steht. Und das finde ich, müßte man verbessern. Über die grüne Sache könnten wir noch ziemlich lang reden.

Vor ein paar Tagen ist eine Sache an mich herangetragen worden, die mich sehr erstaunt hat. Es soll nämlich ein **Golfplatz** in Steyr entstehen, und zwar mit einem Mittelpunkt beim Staffelmayr. Ich bin schnell der Frage nachgegangen, was das für Konsequenzen für die Stadt Steyr hätte. Also zum einen erschwert es natürlich den Bau der Westspange (halt, wir haben das Ding noch immer nicht richtig rum), zum anderen hat aber ein Golfplatz das für sich, daß eine gefährdetet Landschaft, also eine Landschaft, die unter Siedlungsdruck steht, daß die in jedem Fall freigehalten wird, denn Golfplätze dulden keine Bebauung. Nachteilig ist natürlich die Tatsache, daß da ringsum ein Zaun gezogen wird und man nur den Punkt, wo eine vorhandene Straße durchgeht, noch passieren kann. Also meine Antwort auf die Frage, kann man den Golfplatz mit der Nordwestspange auf einen Nenner bringen, ist die, man kann es, allerdings wird sich der Bau der Nordwestspange verteuern, weil man in jedem Fall ein kürzeres oder längeres Tunell in der Mitte, wo das Clubhaus steht, braucht. Ein Tunell wird höchstwahrscheinlich sowieso notwendig sein, weil hier, westlich der Grünsiedlung, eine starke Geländekante ist, und deswegen die ganze Straße freigebaut werden kann. Da hat mir der Proponent ein Heft gegeben, also so sehen solche Golfplätze aus. Das ist sozusagen das Positive an dieser Angelegenheit.

Noch ein kurzes Wort zu den **Kleingärten**, weil das auch während der Diskussion gekommen ist.

Herr Vanek, also ich muß sie da persönlich ansprechen, ihre Fraktion ist im Prinzip gegen die Kleingärten, weil bekanntermaßen so Kleingärtner mit den Spritzquellen ziemlich urassen. Ich will das jetzt nicht vertiefen, aber ich wollte ihnen zeigen, daß wir genau das gleiche, oder ein bißchen weniger, an Kleingärten haben werden. Daß man die Kleingärten also massivstens reduzieren könnte, halte ich für völlig ausgeschlossen, weil Bewohner einer Geschoßwohnung, und das sind noch sehr, sehr viele Steyrer, einen Ausgleich, einen Kontakt zum Boden über eine Kleingartenparzelle möchten. Das wird man also nicht wegdiskutieren können. Und ich meine, man müßte diese Kleingärtner mehr an ihre Pflichten erinnern. Ich habe gerade ein ziemlich interessantes Abenteuer mit solchen Kleingärten hinter mir. Da hatte die Stadt eine Kleingartensatzung gemacht, die also, glaube ich, 35 m2 große Häuschen erlaubte, da hat die Gemeinde dreimal Beharrungsbeschluß gefaßt, dreimal hat hier das Land diese Satzung zurückgeschmissen und hat 25 m2 und nicht einen Quadratmeter mehr verlangt. Und da kommen dann sehr viele andere Möglichkeiten dazu, die stärker an die Kandare zu nehmen sind. Das ist die wesentliche Maßnahme, die es auf dem Kleingartengebiet geben wird. Für diese Gebiete hier, die als Wohnbauland gewidmet sind und zum Teil als Betriebsbauland gewidmet werden sollen, die können auf diesen Uferstreifen zwischen Enns und der Siedlung gelegt werden. Natürlich gehen die Quadratmeter zurück, aber bei diesen Absiedlungsaktionen geben viele Interessenten ihre Parzelle auch auf, weil sie nicht wirklich sehr mit ihr verbunden sind. Andere dagegen wollen sehr wohl wieder einen Kleingarten haben und werden natürlich froh darüber sein, wenn sie bei diesem Kleingarten eine bessere Rechtsposition als vorher bekommen. Eben dieses Projekt, um das so viel debattiert worden ist, das ist also gefallen, gestrichen worden. Ich zeige es ihnen nun noch einmal, wegen meinem Wunsch, die beiden Ortsteile, Süd-Münichholz und Nord-Münichholz, über diese Einkaufspassage besser zu verbinden.

Die **<u>Aufstiegshilfen</u>** wurde ich gebeten, noch einmal unter die Lupe zu nehmen. Es gibt leider nur zwei Aufstiegshilfen, die höchstwahrscheinlich in verhältnismäßig kurzer Zeit verwirklicht werden können. Das ist diese Verbindung zwischen der Nahverkehrsdrehscheibe und der Ennsleite und diese Verbindung vom Michaelerplatz zum Tabor-Plateau. Leider hat die Zeit nicht ausgereicht, um alle Fragen, die mit diesen Aufstiegshilfen zusammenhängen, insbesondere alle Kostenfragen, definitiv zu klären. Hier bei dieser - meiner Meinung nach - ganz besonders wichtigen Aufstiegshilfe beim Schiffmeisterhaus muß erst für dieses Areal ein Investor gefunden werden, den gibt es noch nicht. Also hängt das in der Luft. Ebenso hängt die Frage dieses Aufzuges bei der Frauenstiege in der Luft.

Ich hätte da noch einige Oberheadfolien, aber das werde ich mir jetzt schenken.

Dann bin ich gebeten worden, mich intensiver mit der Altstadt, insbesondere mit den leerstehenden Wohnungen, zu beschäftigen. Hier sehen sie auf dieser Oberheadfolie alles, was sich an Maßnahmen im Bereich der Altstadt oder vielmehr der Altstädte abspielt. Das ist eine ganze Menge. Ich will das jetzt nicht austappen. Aber es ist klar, daß die Altstädte von dem Gesamtakuten der Stadtentwicklung sehr viel mitließ. Was die leerstehenden Häuser anbelangt, da ist eine Karte, die Unternutzungen zeigt, also da sind entweder einzelne Wohnungen oder das ganze Haus leer. Das Potential, das zur Verfügung steht, an innerer Stadterweiterung, da kommt noch dazu die Modernisierung derjenigen Häuser (da habe ich jetzt keine Karte dabei), die schlecht ausgestattet sind, dann muß man wirklich zugeben, daß die Altstädte, also das Steyrdorf, das Ennsdorf und die eigentliche Altstadt, noch sehr viele Reserven haben. Und daß man diese Reserven ausnutzen muß, versteht sich ganz von selbst. Dann hatte ich ihnen gesagt, das Ziel, möglichst viele Einwohner auf dem Bruttohektar unterzubringen, bedeutet nicht, daß man keine Einfamilienhäuser bauen kann. Dieses Gebiet hier, das hat ungefähr 120 Einwohner auf einem Hektar, wobei natürlich eine Rolle spielt, daß dieser Schlüsselhof Geschoßbau ist. Und daß diese Häuser nicht unbedingt so sein müssen, wie die von den Genossenschaften, das habe ich hier schon ein bißchen skizziert. Wichtig ist eben bei diesen Einfamilienhäusern, daß man, wenn man schon nicht um das Haus herumgehen kann, daß man mind. von der Straßenseite zur Gartenseite durch einen Durchgang gelangen kann, also daß man nicht das Gefühl hat, ich bin so auf die eine Seite und die völlig von ihr getrennte andere Seite angewiesen. Ja, da gibt es also noch mehr, aber lassen wir’s dabei bewenden.

Die Nord-Westspange, wurde also gesagt, sollte man daraufhin überprüfen, welche Möglichkeiten der

Festschreibung es für diese Straße gibt. Es gibt also gar keine, außer die der örtlichen Raumordnung, außer der Tatsache, daß das landwirtschaftliches Gebiet ist. Das mag in den Augen des einen oder anderen nur sehr wenig sein, aber mehr läßt sich nicht tun, wobei man ja sagen muß, die Nord-Westspange ist eine Bundesstraße und wenn der Bund also nicht tätig wird, dann kann die Stadt Steyr da auch nichts daran machen. Und jetzt kommt der einzige übriggebliebene Streitpunkt, also der Punkt, in dem sich die Fraktionen bis jetzt noch nicht einig geworden sind. Das ist das Gebiet, das hier, sie sehen, das Grüne ist Wasserschongebiet, das Blaue ist das Brunnenschutzgebiet und das Rote ist das Stadtgut. Und mein Vorschlag war, in diesem Stadtgut einen Technologiepark vorzusehen. Dabei muß man berücksichtigen, daß in den Augen der Steyrer Bevölkerung das Problem Nr. 1 Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Existenzgrundlagen ist. Außer gewissen Förderungen, ist das einzige, was die Stadt in dieser Richtung tun kann, die Zurverfügungstellung billigen Baulands. Und was also das Umfeld dieses künftigen oder evtl. Technologieparks anbelangt; er ist nach den üblichen Kriterien der Landschaftsbewertung völlig neutral, also es sind Äcker ohne nennenswerten Bewuchs, kein Randfaktor, usw. Also der Verlust an Landschaft, der dadurch entsteht, ist meines Erachtens verkraftbar gering.

Die **Kindergärten** habe ich auch noch einmal überprüft. Da hat sich natürlich seit 1995 allerhand geändert. Dies ist der letzte Stand. Aber es könnte durchaus sein, das ist so ein Punkt, daß sich im Laufe der nächsten 10 Jahre an diesen Planungen auch noch einmal etwas ändert. Daß Kindergärten aber ungeheuer notwendig sind, das sieht man schon daran, daß die Erwerbsquote in Steyr, also die Zahl der erwerbsfähigen oder erwerbstätigen Steyrer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, enorm hoch ist. Es gibt sehr viele Frauen, die einfach nicht in der Lage sind, ihre Kinder alleine zu versorgen, deswegen muß der Kindergarten ein ganz wichtiger Punkt im Stadtentwicklungskonzept bleiben.

Dann diese **Tagungsgeschichte**. Da ist bei den Diskussionen herausgekommen, daß es nur alternative Standorte gibt, wo evtl. ein solches Tagungszentrum untergebracht werden könnte, dieser hier - Reithoffergelände - ist noch nicht einmal der wichtigste, sondern das Schiffmeisterhausgelände und das Gelände der ehemaligen oder noch in Funktion befindlichen Bauernkammer sind die anderen.

Das waren, ich bitte wie gesagt um Nachsicht dafür, daß ich da nur Ausschnitte genommen habe, die Dinge, die noch einmal gründlich überarbeitet worden sind.

Und jetzt ein paar Worte zu dieser **Kostenschätzung**. Das ist eine Seite aus dem Konvolut, wo also die Kosten aufgegliedert sind nach Planung, Bauleitung, Ankauf von Flächen, Herstellungskosten usw. Aber wichtig ist nur diese letzte Spalte der vorderen Hälfte. Da stehen nämlich die Kosten, die die Stadt in irgendeiner Weise aufbringen muß. Und hinten kommt dann eine Spalte, wo der Haushalt 1997 mit den Summen für die Maßnahmen drinnen ist. Dann die - wir haben uns darauf geeinigt, daß man das Triaden nennen wird, 1998 bis 2002, 2001 bis 2003, 2004 bis 2006. Und also zwischen dem möglichen Arbeitsbeginn an dieser Revision und heute oder der Zeitpunkt, wo ich diesen Plan abliefern mußte, war leider nicht mehr genug Zeit, um die Ausgaben, die in diesen Milliarden getätigt werden sollen, endgültig abzugleichen. Aber es ist folgendes, wenn man diese drei Zeiträume zusammennimmt, dann kommt eine Gesamtsumme von S 1 Mrd. 589.000,-- heraus, und wenn man dieses Budget für 1997 davon abzieht, dann sind es S 1 Mrd. 400.000,-- und das ergibt einen ao. Haushalt von S 155 Mio., wenn man das da mitrechnet, wenn man das ausklammert, wird es entsprechend weniger. Entschuldigung, das ist hier nicht mitausgeworfen. Also hier noch einmal die Grafik, die das verdeutlichen soll, was da vorher in wirren Zahlen steht. Sie sehen, daß dieser Klotz hier natürlich so nicht bleiben kann, sondern daß diese 3 Jahre miteinander betrachtet werden müssen, sodaß das ausgeglichen werden muß.

Wie ich schon sagte, ein Stadtentwicklungskonzept ist eine Leitschnur, ein Anhaltspunkt. Und auch zum Zeitpunkt, wo das beschlossen wird, hat es noch einzelne Stellen, an denen noch weitergemacht werden muß. Beispielsweise die Finanzen, es wäre ja verrückt, wenn der Raumplaner sozusagen die Finanzen der Stadt Steyr irgendwie determinieren wollte. Das kann ich ihnen leider nicht abnehmen, aber auch für die ao. Haushalte werden diese Zahlen, die in dem Werk drinnen sind, ganz nützlich

sein.

So und nun wie angekündigt noch einmal ein Blick auf das Entwicklungskonzept. Wenn man alle diese Dinge zusammenträgt und versucht, sie in einem sogenannten Funktionsplan niederzulegen, dann kommt natürlich, wie sie sehen, eine Art „Fleckerlteppich“ heraus, der gar nicht so aussieht, als ob viel Überlegung dahintersteckte. Das tut es aber sehr wohl! Und es steckte auch eine Vision dahinter, nämlich die vom wesentlich besseren Steyr, aber nicht vom anderen Steyr. Denn das andere Steyr zu schaffen, ist weder gewollt, noch ist es notwendig. Die Mängel, die die Stadtstruktur von Steyr zugegebenermaßen hat, sind ohne weiteres mit Reparaturmaßnahmen aus der Welt zu schaffen. Und dann werden sie noch stolzer sein können auf die Stadt, in der sie das Privileg haben, zu leben und zu arbeiten, sich zu erholen und einzukaufen usw.

Danke.

BEIFALLSKUNDGEBUNG VERSCHIEDENER MANDATARE

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bedanke mich bei Herrn Prof. Breitling für die Ausführungen und die Präsentation. Ich schlage vor, wir machen jetzt eine Pause.

PAUSE VON 15.10 BIS 15.23 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der heutige Tagesordnungspunkt und ich hoffe auch der Beschluß, der zu diesem Thema heute im Gemeinderat in unserer Stadt gefaßt wird, hat natürlich schon eine enorme Bedeutung. Ich glaube, daß es in dieser Periode ohnehin nicht - aber ich glaube auch in vorhergehenden Funktionsperioden des Steyrer Gemeinderates - nur einen Tagesordnungspunkt gegeben hat, mit dem sich Gemeinderäte, Beamte, ein Planer eine so lange Zeit beschäftigt haben. Ich darf daran erinnern, daß sich alle Fraktionen einig waren, nach den Wahlen 1991, ein solches Konzept zu erstellen. Und wir haben uns also mehr als 4 ½ Jahre mit dieser Materie intensiv beschäftigt. Wenn heute dieser Beschluß getroffen wird, verfügen wir ab sofort über eine fundierte, planerische Grundlage, die uns als Leitlinie für die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten 10 Jahren und darüber hinaus dient. Wir erfüllen damit als eine der ersten Städte in OÖ. zwingend auferlegte Erstellung eines derartigen Konzeptes. Ich darf daran erinnern, daß wir das gemeinsam gewollt haben. Damals noch freiwillig und weil es unsere Intension war. Daß aber ab 1994 das OÖ. Raumordnungsgesetz die Erstellung eines solchen Orts- oder Stadtentwicklungskonzeptes gesetzlich für uns vorgeschrieben ist, das ja Grundlage dafür ist, daß

dann die entsprechenden Flächenwidmungspläne ausgearbeitet und beschlossen werden können. Und hier ist uns die Frist 1999 gesetzt. Wir sind also gut im Rennen, vom Timing her, weil wir so früh begonnen haben. Es ist mir auch bekannt, daß hier Städte wie Linz und Wels eher eine andere Vorgangsweise gewählt haben, nämlich hier im Innenverhältnis der Stadt selbst, sich zu bemühen, solche Stadtentwicklungskonzepte zu erstellen. Dieses Konzept umfaßt - und wir haben es ja aus dem Vortrag des Herrn Professors gehört - eine Vielzahl von detaillierten Zielvorgaben und Maßnahmen für das nächste Jahrzehnt, von der Umwelt über das Bauen und Wohnen über die Wirtschaft, den Verkehr bis hin zu sozialen, kulturellen, touristischen sowie Sport- und Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig enthält das Konzept aber auch eine Kostenschätzung über die dafür erforderlichen finanziellen Mittel, was meiner Meinung nach besonders wichtig ist, weil damit dieses Konzept erst eine Verbindlichkeit erhält und nicht nur eine Wunschliste darstellt. Und es enthält eigentlich nur jene Maßnahmen, von denen wir, jedenfalls zur Zeit, glauben, daß sich die Stadt das auch im Laufe der nächsten 10 Jahre tatsächlich leisten kann. Ich glaube, daß wir bei der Erstellung dieses Konzeptes sehr gewissenhaft vorgegangen sind und mit Prof. Dr. Peter Breitling einen überaus renommierten Fachmann auf diesem Gebiet mit dieser Aufgabe betraut haben. Über 4 Jahre sind von dieser Auftragsvergabe, Ende 1992, bis zum nunmehr vorliegenden, beschlußreifen Entwurf vergangen. Und in diesem Zeitraum haben wir die Wünsche und Vorstellungen der Steyrerinnen und Steyrer für die zukünftige Stadtentwicklung mittels Fragebogen erhoben. Wir haben den Bürgern den Vorentwurf im Stadtsaal präsentiert und zur Diskussion gestellt sowie diesen jeden Bewohner über das Amtsblatt auch im Detail zur Kenntnis gebracht. Wir haben schlußendlich im Rahmen einer einwöchigen Ausstellung im Rathaus über dieses Stadtentwicklungskonzept und in 5 Stadtteilgesprächen im September des Vorjahres nochmals umfassend informiert und Gelegenheit geboten, weitere Wünsche, Anregungen oder Kritikpunkte einzubringen. Aufgrund der Tatsache, daß wir, vor allem natürlich auch in den zuständigen Gremien, lange und intensiv über das Stadtentwicklungskonzept beraten und diskutiert haben, bin ich davon überzeugt, daß das nun zu beschließende Stadtentwicklungskonzept ein sehr gutes, wissenschaftlich hervorragendes, fundiertes Werk darstellt. Es entspricht in Aufbau, Inhalt und Form exakt den verbindlichen Vorgaben des OÖ. Raumordnungsgesetzes. Es ermöglicht uns vor allem eines, nämlich die Weiterentwicklung unserer Stadt in den nächsten 10 Jahren gezielt in Angriff zu nehmen und auf Basis eines detaillierten und finanziell realistischen Maßnahmenkataloges, die einzelnen Vorhaben Schritt für Schritt umzusetzen. Ich möchte daran erinnern, daß wir uns auch darauf geeinigt haben, daß wir binnen 2 Monaten dem Gemeinderat ein mittelfristiges Finanzkonzept vorlegen wollen, das hier natürlich auch ganz wesentlich die Verbindlichkeit dieser Überlegungen, die im Stadtentwicklungskonzept niedergelegt sind, eben erhöht. Eines ist dabei auch noch zu erwähnen, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen oder Projekten, die zum Teil weitergetrieben wurden, in Angriff genommen wurden bzw. die, die in Vorbereitung und Planung sind, sich bereits sehr konkret an den vorliegenden Entwürfen orientieren. Das ist ja auch ein Beweis dafür, daß wir dieses Konzept sehr ernst nehmen und eigentlich auch schon Teile, aus der Zeit 92, vorher und die im Laufe dieser Entwicklungszeit aufgetretenen Überlegungen, die dann im Zuge der Beratungen eingeflossen sind, bei unseren tatsächlichen Handlungen, Beschlüssen und bei der Durchführung derselben, konkret und eigentlich genau berücksichtigt haben. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich ihnen daher folgenden Antrag des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat vortragen.

1) Bau2-1300/92 Stadtentwicklungskonzept 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GBIII/FA. f. Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 20.1.1997 sowie der Empfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 9.1.1997 wird beschlossen:

„Der Gemeinderat erklärt das vorliegende Stadtentwicklungskonzept 1997, welches die längerfristigen Ziele und Festlegungen der örtlichen Raumordnung beinhaltet, zur Grundlage für die weitere Flächenwidmungs- und Finanzplanung."

Ich bitte, Frau Vorsitzende, darüber debattieren zu lassen und dann eine Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, als erster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Ing. Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrter Herr Prof. Breitling, werte Gäste, Herren der Presse, wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wir sind heute zu dieser Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr zusammengekommen, um den Entwurf des am 29. Oktober 1992 in Auftrag gegebenen Stadtentwicklungskonzeptes zu beschließen. Zu diesem Zeitpunkt bewiesen sie, bewiesen wir, meine Damen und Herren, mit dieser Auftragsvergabe an Prof. Breitling Weitblick und griffen mit der Entscheidung dem erst 1994 beschlossenen OÖ. Raumordnungsgesezt vor. Jenem Gesetz, nach dessen Bestimmungen ein örtliches Entwicklungskonzept als Grundlage der übrigen Flächenwidmungsplanung dient und sich über einen Planungszeitraum von 10 Jahren, gegenüber 5 Jahren des Flächenwidmungsplanes, erstreckt. Das Stadtentwicklungskonzept bietet hierdurch die notwendige Voraussetzung für die mittelfristige Finanzplanung unserer Stadt und wird durch diese Finanzplanung wirksam. Im Lexikon ist beim Begriff „Entwurf“ folgendes zu finden. Entwurf, Darstellung von etwas Geplantem, in seinen wesentlichen Zügen. Während Städte wie Linz und Wels, wie auch schon der Herr Bürgermeister gesagt hat, aber auch andere Kommunen durch sogenannte selbstgestrickte Konzepte dem OÖ. Raumordnungsgesetz Genüge taten, hat die Stadt Steyr, haben wir, ein professionell und fundiert aufbereitetes Werk vor uns liegen. Entstanden durch das Zusammenwirken vieler Kräfte, Menschen, Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, Politikern, Institutionen und Vereinen. Durch Stellungnahmen, Anregungen und Wünsche der Fraktionen, durch interfraktionelle Beratungen in einer Anzahl von Sitzungen des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung. Wichtiger Ausgangspunkt, daß wahrlich kein Anlaß bestand und besteht, ein völlig anderes Steyr zu schaffen, wie jüngste positive Fremdenverkehrszahlen beweisen, wie Marktforschungs- und Meinungsumfragen nachhaltig dokumentieren. Wichtige Zielsetzung; keine anonyme, keine breitflächige, keine Pseudostadt, sondern genau - und Prof. Breitling hat das bei seinen Recherchen und bei seinen vielen Gesprächen erkannt - unser spezifisches Steyrer Verhalten, unser ausgeprägtes Zugehörigkeitsbewußtsein, „ich bin ein Ennsleitner, ich bin ein Münichholzer, ich bin ein Gleinker“ usw. zu bewahren und dem Grundsatz, von der Wiege bis zur Bahre bin ich das, städteplanerisch eindrucksvoll nachzukommen. Daß das vorliegende Werk dieser Größenordnung - in dem die Entwicklung unserer schönen Stadt Steyr für die nächsten 10 Jahre und darüber hinaus uns den Weg in das 21. Jahrhundert weisen soll - natürlich nicht vollkommen ist und auch nicht sein kann, liegt auf der Hand, wäre völlig unnatürlich, unrealistisch, wäre der Dichtkunst und Fabelwelt zuzuschreiben. Selbst die Bibel kennt gravierende Auffassungsunterschiede, kennt Leser, Forscher und Deuter, kennt logischerweise auch Kritiker. Der ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, heute vorgelegte Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Steyr nimmt für sich sicher nicht den Status einer Bibel in Anspruch, vielmehr ist es eine konzeptionelle Aufarbeitung der Erfordernisse der Steyrer Bevölkerung für die nächsten Jahrzehnte und damit der Auftrag, aber auch Appell an die Mandatare dieses Hauses, durch konstruktive, sachliche, ehrliche und interfraktionelle Arbeit dieses Stadtentwicklungskonzept zu verwirklichen, zum Leben zu bringen. Dieser Herausforderung wollen wir und werden wir uns stellen, daher wird die sozialdemokratische Fraktion dem vorliegenden Antrag - der Gemeinderat erklärt das vorliegende Stadtentwicklungskonzept 1997, welches die längerfristigen Ziele und Festlegungen der örtlichen Raumordnung beinhaltet, zur Grundlage für weitere Flächenwidmungs- und Finanzplanung - zustimmen. Tun auch sie, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, mit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke dem Herrn StR. Spanring. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Herr Prof. Breitling, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Das Stadtentwicklungskonzept liegt mir sehr am Herzen. War es doch mit ein Hauptgrund dafür, daß ich mich für die Steyrer Stadtpolitik näher interessiert habe.

Es war damals im Casino eine Versammlung, ich glaub' es war im Jahre 1989, wo es um Probleme der Steyrer Stadtentwicklung gegangen ist, wo Interessen der Bewohner auf Interessen von Gewerbetreibenden aufeinandergeprallt sind. Ein Thema, das wir in Steyr sehr oft haben und gehabt haben. Und ich habe dem damaligen Bürgermeister Schwarz als „Bürger Pfeil" gesagt: „Herr Bürgermeister, mir kommt das so vor, wir haben die Probleme, weil wir in Steyr kein ausreichendes Stadtentwicklungskonzept haben." Vom Podium hat mich Bürgermeister Schwarz dann belehrt: „Herr Dr. Pfeil, da täuschen sie sich, wir haben ein Stadtentwicklungskonzept." Und dann habe ich leider keine Möglichkeit mehr gehabt zu antworten. Ich habe dann natürlich gleich dem Bürgermeister geschrieben, um in das vorliegende Stadtentwicklungskonzept einsehen zu können. Bürgermeister Schwarz hat prompt reagiert und hat mich dazu eingeladen. Was mich dann erwartet hat, waren glaube ich 6 Seiten, das waren Absichtserklärungen von Politikern, wie man eine gesunde Lebensweise in einer Gemeinde, in einer Kommune, darstellen kann. Das heißt, es war nicht Steyr-spezifisch, jeder Bürger sollte gesunde Luft, gesunde Umwelt, ein eigenes Haus, ein eigenes Auto, eine eigene Umgebung haben, wo ein anderer nicht hin kann. Und das Konzept hätte genausogut für A-Fisl und B-Fisl gelten können. Es war nicht Steyr-spezifisch. Und damals ist in mir der Entschluß gereift: Die können oder wollen es nicht und habe mich dann näher für die Steyrer Stadtpolitik interessiert, und deshalb liegt mir das Stadtentwicklungskonzept Steyr sehr am Herzen.

Wir haben nun am 29.10.92 - wir haben das damals auch in unserer Wahlauseinandersetzung verlangt - dann gemeinsam den Entschluß gefaßt, ein umfangreiches Konzept zur Stadtentwicklung erstellen zu lassen. In diesem Konzept sollten nach Meinung aller der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen alle wichtigen Lebensbereiche der Steyrer Bevölkerung abgedeckt werden. Also nicht nur Raumplanung, nicht nur die Erstellung eines Flächenwidmungsplanes, sondern auch die sozialen Strukturen der Stadt, die Kultur, der Verkehr, die ökologische Umgebung usw. sollten in das Werk Eingang finden. Der Zeitplan hat damals ca. 1 Jahr gelautet. Wir schreiben heute 1997. Die Freiheitlichen haben damals bei der Bestellung von Univ.-Prof. Dr. Breitling Bedenken dahingehend geäußert, daß Breitling - und Herr Prof. verzeihen sie, daß ich jetzt nicht immer im folgenden den ganzen Titel ausspreche, sondern nur den Namen nenne - von seiner beruflichen Herkunft her, eher den Raumplanern zuzuordnen ist und nicht den Stadtentwicklern. Beim ersten Zusammentreffen mit Prof. Breitling, beim Hearing der Anbotleger für das Stadtentwicklungskonzept, meinte damals Breitling bei der Frage nach Bürgerbeteiligung zu mir wörtlich: „Sie verstehen nichts von Stadtentwicklung, Herr Dr. Pfeil." Das mag schon sein, Herr Prof. Breitling, ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Da hat er recht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

.....hat er recht, sonst könnte ja auch der Tierarzt das Stadtentwicklungskonzept erstellen, und deshalb gibt es Experten, sonst hätte man ja auch Tierärzte für die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes einladen können, die sich dafür beworben haben. Sie wissen alle, wie dann die Auftragsvergabe an Breitling gekommen ist. Und in dem nun heute vorliegenden, endgültigen Entwurf bzw. im Schlußkonzept schreibt Breitling unter anderem: In mehreren Sitzungen des neu gegründeten Ausschusses für Fragen der Stadtentwicklung und Stadtplanung wurde versucht, die noch immer bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, was bis auf einen Punkt, dem Technologiepark, gelang.

Das ist auch eine Aussage, die immer wieder von Herrn Bürgermeister Leithenmayr gekommen ist und auch Herr Prof. Breitling hat es auch heute wiederum erwähnt. Ich weiß nicht, woher sie beide diese Meinung hernehmen, daß wir bis auf den Technologiepark keine grundsätzlichen, fundamentalen Schwierigkeiten hätten bei der Umsetzung bzw. bei der Diskussion um das Stadtentwicklungskonzept?! Wir haben fast gebetsmühlenartig darauf hingewiesen, daß uns insbesondere die Leitbilddiskussion und die Diskussion um die fehlende Bürgerbeteiligung hier fehlt. Aber auch andere Fraktionen haben hier Bedenken geäußert.

Lt. OÖ. Raumordnungsgesetz § 18 Abs. 2 ist die Bürgerbeteiligung bindend vorgeschrieben. Es ist aber auch in der vollständigen Fassung, die uns heute vorliegt, eine Mitwirkung der Bürger in dieser geeigneten, ausreichenden Form nicht nachvollziehbar. Wörtlich heißt es aber im Gesetzestext: Das örtliche Entwicklungskonzept hat als Grundlage der übrigen Flächenwidmungsplanung, die längerfristigen Ziele und Festlegungen der örtlichen Raumordnung zu enthalten. Seiner Erlassen, hat eine aus Sicht der Gemeinde geeignete Einbeziehung der Bürger voranzugehen. Diese Bürgerbeteiligungen sind im vorliegenden Entwurf nicht nachvollziehbar. Anfangs wurde versucht, mit einer mißglückten, ich will nicht sagen fast dilettantisch angelegten Fragebogenaktion im Amtsblatt, die Steyrer Bürger einzubinden. Das Ergebnis dieser Aktion war offensichtlich so dürftig, daß man die Zahlen, Daten und Fakten zuerst nicht bekanntgegeben hat. Eines sickerte dann durch, es haben sich lediglich 0,5 % der Steyrer Bürger daran beteiligt - 0,5 Prozent. In anderen Städten und Gemeinden wird die Latte bei 50 % angesetzt. Ich habe Beispiele dafür. 50 %, das man als unteres Maß für eine geeignete Bürgerbeteiligung ansetzt. Es fehlt also bis heute ein klarer Aufschluß über die empirische Haltbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen aufgrund der nicht nachvollziehbaren Bürgerbeteiligung. Die Beteiligung der Politiker, als die vom Volk gewählten Vertreter der Stadt, hat sich bis zur Gründung des Stadtentwicklungsausschusses 1995 im wesentlichen auf 2 Vorträge des Verfassers mit anschließender Diskussionsmöglichkeit beschränkt. Bis dahin wurden keine Arbeitskreise gebildet, wo diese wichtigen Problemkreise besprochen hätten werden können. Und der Verfasser dieser Studie weist immer wieder hin auf die sogenannten Schlüsselpersonen mangels Bürgerbeteiligung. Und wie sich dann herausstellte, waren diese angesprochenen Schlüsselpersonen 15 Steyrer Magistratsbeamte, 11 Vertreter von Verbänden, Kammern, stadteigenen Werken. Nichts jetzt gegen den Weitblick von Beamten, aber bei näherer Konsequenz hätten diese Beamten dann auch unser Konzept bestimmt preiswerter darstellen können. Auch die vom Stadtentwicklungsausschuß empfohlene spätere Einbindung der Bevölkerung, durch die Ausstellung im Rathaus im September 96 und durch die 5 Stadtteilgespräche, konnte aber auch das Manko der geeigneten Einbeziehung der Bürger nicht ausgleichen. Und das ist der Hauptmangel bei diesem vorliegenden Konzept. Es ist oder es sind vorgeschlagene Maßnahmen nicht nachvollziehbar. Der andere Hauptkritikpunkt ist, daß das nun vorliegende Stadtentwicklungskonzept kein umfassendes Stadtentwicklungskonzept ist. Wesentliche Teile fehlen oder sind nur am Rande in der Thematik gestreift worden, insbesondere Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Soziales usw. Es ist eigentlich nichts anderes, als die Grundlage für die Erstellung eines Flächenwidmungsplanes. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist auch ein Originalzitat von Herrn Baudirektor Vorderwinkler in

der letzten Stadtentwicklungsausschußsitzung, nichts anderes, als die Grundlage für den neuen Flächenwidmungsplan. Und wer den Auftrag für die Erstellung des neuen Flächenwidmungsplanes bereits in der Tasche hat, wissen wir alle, das ist auch Herr Prof. Breitling.

Zur Frage des **Leitbildes**. Aufgrund der fehlenden Leitbilddiskussion haben die Freiheitlichen an Prof. Breitling die Frage nach dem Leitbild schriftlich gestellt. Die Antwort war ernüchternd. Schlicht und einfach: „Keines". Heute sagen sie, Herr Prof. Breitling, wir haben es alle gehört, das Leitbild ist sehr wichtig. Und so in diesem Rahmen schaut auch das Stadtentwicklungskonzept, das auch die Grundlage für eine prosperierende Entwicklung der Stadt in den nächsten Jahren sein sollte, dann auch aus. Der vorliegende Entwurf vermittelt nicht den Eindruck, daß Entwicklung gewünscht wird. Es ist ein zutiefst konservatives Konzept, wo das Konservierende Vorrang vor einer positiven Neuausrichtung der Stadt hat. Man will keine Veränderungen, man will mit dem Bürger keine Entwicklungen um Möglichkeiten diskutieren. Aber auch, sehr geehrter Herr Prof., das Vertrauen in ihre Person ist während der 4 ½ Jahre Tätigkeit von unserer Seite her etwas geschwunden. Sie haben leider immer wieder zu akuten Bauvorhaben, wo es Probleme in der Stadt gegeben hat, ihre Stellungnahme abgegeben - natürlich auf Anfrage. Sie haben zum Bahnhofsparkdeck ein sogenanntes Übergutachten zum Gestaltungsbeirat gestellt. Der Gestaltungsbeirat hat ein vernichtendes Urteil über die architektonische Gestaltung der Rampe gemacht, und sie schreiben, das Stadtbild wird nicht beeinflußt.

Sie haben ein positives Gutachten innerhalb von wenigen Tagen zur Verbauung der Leebergründe - wie mir per FAX mitgeteilt worden ist - gestellt. Daß sie sich in aktuelle Probleme auf dieser Seite eingemischt haben, hat natürlich unser Vertrauen in sie schon wesentlich erschüttert. Die Freiheitlichen haben aber auch einen umfangreichen Teil zur Stellungnahme zum Stadtentwicklungskonzept vorgelegt.

Die wesentlichsten Fragen, die wir deponiert haben, waren

- welches Leitbild wird für die Erstellung des Konzeptes herangezogen,

- in welcher Form wurden die Bürger bei der Konzepterstellung einbezogen,

- wieviel, wann, wer nachvollziehbar, empirisch belegbar und

- wie werden die einzelnen vorgelegten Maßnahmen begründet?

Alleine die daraus resultierende Leitbilddiskussion spricht Bände. Breitling dazu am 10.4.1996 im Stadtentwicklungsausschuß immer noch zum Thema Leitbild: „Leitbild ist nur ein semantisches Problem."

Im OÖ. Raumordnungsgesetz kommt der Begriff nicht vor. Etwas später meint er: „Jetzt gibt es ein Leitbild in 5 Exemplaren." Was er damit gemeint hat, weiß ich bis heute nicht.

Der Schwerpunkt, dann wörtlich: „Der Schwerpunkt ist etwas in Richtung Maßnahmen geraten", dann, „das Leitbild ist zusammengesetzt aus Problemen und Zielen." StR. Schloßgangl hat dazu gemeint: „Das Leitbild ist nicht Aufgabe des Stadtentwicklers", GR Vanek meint, „aber das wäre schon die ureigene Aufgabe des Stadtentwicklers". Etwas später wiederum Breitling: „Das Leitbild ist etwas aus den Augen geraten." Er ist aber Dr. Pfeil dankbar für den Hinweis.

Noch zur Frage **Bürgerbeteiligung**. In der Ausschußsitzung vom 10.4.96 hat man sich, auf Wunsch der Freiheitlichen, auch mit dem Thema Bürgerbeteiligung befaßt. Ich habe damals gemeint, ein Stadtentwicklungskonzept ohne ausreichende Bürgerbeteiligung ist in sich nicht schlüssig. Breitling damals, der Einwand von Dr. Pfeil über fehlende Bürgerbeteiligung ist berechtigt. Es gibt keine wissenschaftliche Rückführung für eine Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung gehört zur empirischen

Sozialforschung, das heißt, Herr Prof. Breitling, ich zitiere weiter: Die komplexen Dinge müssen so vereinfacht werden, daß die Bürger es verstehen.

Die Stadt - und nicht der Planer - ist für die Bürgerbeteiligung verantwortlich. Und ich habe ihnen damals gesagt: „Das verstehe ich nicht, da bin ich nicht ihrer Meinung." Und wenn man die Bürger für offensichtlich zu dumm hält, daß sie hier mitdiskutieren sollten, daß man ihnen das übersetzen soll, dann muß man es sagen. Jedenfalls dann die Bürger auszusparen, das halte ich für den falschen Weg. Ich halte nebenbei die Bürger für nicht so dumm, daß sie bei der Bürgerbeteiligung mitmachen. Auf Vorschlag der Freiheitlichen, das Stadtentwicklungskonzept dann wenigstens in den Stadtteilen jeweils eine Woche lang zu präsentieren, fand dann insofern Berücksichtigung, daß im Rathaus eine Präsentation der wichtigsten Daten und Fakten gezeigt worden ist. Im letzten Jahr fanden dann noch 5 Stadtteilgespräche im Herbst statt, die aber dann erst recht den Unmut bei der Bevölkerung ausgelöst haben. Insbesondere war die schlechte Präsentation Hauptkritikpunkt. Keine Oberheadfolien, keine Dias, die die Entwicklungsstufen leichter veranschaulicht hätten. Auch heute, Herr Prof. Breitling. Die Präsentation war so gestaltet, für die Kollegen im Gemeinderat, glaube ich, die im Konzept nicht so involviert waren, war es von der 2. Bankreihe her äußerst schwierig, diese Folien in der kleingedruckten Schrift zu lesen. Ab der 2. Sitzreihe, glaube ich, war das unmöglich. Vielleicht hätten wir uns auch hier aber etwas besser.....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht hätte ein jeder das genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... aber es war Ausgangspunkt, daß das Niveau bei der Diskussion in den einzelnen Stadtsälen natürlich dann sehr leicht abgerutscht ist, auf das Problem der Parkplatzproblematik und der Mistkübel-Entleerungszeiten, ich sage es einmal so. Und es wurde weder vom Vorsitzenden, damals von Herrn Bürgermeister Leithenmayr, noch von ihnen, Herr Prof. Breitling, die Diskussion auf das Stadtentwicklungskonzept zurückgeführt. Auch hier wurde die Chance vertan, der Diskussion eine Richtung zu geben.

Zu den einzelnen und wesentlichsten Punkten. Die Stadt Steyr leidet an einem Phänomen, daß seit Jahrzehnten nahezu ohne Planung Wohngebiete, Gewerbewidmungen und Verkehrsträgerstraßen in einem höchstgradig unerwünschten Ausmaße kollidieren. Hier schreibt Prof. Breitling zur Freihaltung der Straßentrasse der Nordwestspange: „Aufgabe der Stadt wird es in den nächsten Jahren sein, die beiden Alternativen für die Führung der Nord-Westspange in ihrem südlichen Abschnitt gegeneinander abzuwägen und sich für die eine oder andere zu entscheiden. Ja, no-na, Herr Professor, ja deswegen haben wir ja einen Stadtentwickler, daß er uns empfiehlt - für die eine, oder für die andere Variante. Das wissen wir schon, daß wir diese zwei Möglichkeiten haben, aber wir hätten schon gerne ihre Meinung dazu gewußt, welche jetzt empfohlen wird.

Der **Technologiepark** im Norden der Stadt, im Bereich unseres Grundwasserschongebietes, ist aus unerforschlichen Gründen immer noch im Konzept enthalten. 70.000 m2 Industriegrundstücksflächen, ungenutzt, gibt es im Bereich Hinterberg. Im Bereich der Steyrer Werke im Areal gibt es eine Fülle von leerstehenden Hallen und Objekten, die auf eine neue Verwendung warten. Leider wird dieses Raumangebot aufgrund der jüngsten Entwicklungen am Arbeitssektor in den Restbetrieben der Steyrer Werke noch größer. Die ÖVP macht beim Technologiepark einen ihrer bekanntgelungenen Rösselsprünge. Zuerst gab es gegen dieses Vorhaben heftigen Widerstand, ich erinnere mich noch sehr an die Auseinandersetzung hier in diesem Raume, vehementer Widerstand gegen diesen Technologiepark. Zwischendurch hat man seitens der ÖVP den Technologiepark dann

für gut befunden, dann war man wieder eine Zeitlang dagegen, jetzt scheint man wieder für diesen Technologiepark zu sein und ....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Jetzt erzählen sie uns lauter Märchen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... wird diesem Konzept zustimmen. Dieser Technologiepark, meine Damen und Herren von der ÖVP, der Name - wir werden es ja sehen, ob sie diesem Konzept mit dem Technologiepark zustimmen, oder nicht zustimmen, wir werden es ja sehen, welchen Auftrag sie bekommen haben. Dieser Technologiepark der Name ist sehr „geschönt“, es handelt sich schlicht und einfach um Industrieansiedlungen im Bereich des Wasserschongebietes. Es birgt große Gefahren, einerseits für das Naherholungsgebiet Brunnenschutzgebiet, andererseits unkalkulierbare Risken für unsere Grundwasserreserven. Bei der Grundwasserreservendiskussion ist im vorliegenden Konzept zuwenig auf die Vorsorgenotwendigkeit im Brunnenschutzgebiet eingegangen worden. Für uns sind Alternativen, wie Speicher Molln, aber auch Grundwasser aus dem Oberlauf der Enns, derzeit keine Zukunftsalternative.

Die nicht nachvollziehbare Idee mit der **Einkaufspassage,** mit der Zeile in der Punzerstraße, Münichholz, ist Gott sei Dank gestrichen worden. Breitling widerspricht sich in diesem Konzept aber auch hier mehrmals. Einerseits will er die Wohnquartiere - wie er es heute auch gesagt hat - möglichst gut ausgestattet, isoliert sehen, andererseits möchte er sie aber wiederum durch Verbindungen, wie Einkaufspassagen, zusammenwachsen lassen. Positiv ist in diesem Zusammenhang auch anzumerken, daß auch der Urnenfriedhof im Münichholzer-Wald in dem neuen vorgelegten Konzept nicht mehr enthalten ist.

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Steyr wurden mit Stehsätzen auf einer halben Seite abgetan. Dies alles mit dem Hintergrund, daß es selbst bei den Nachfolgefirmen im Steyr-Daimler-Puch Konzern, wie beispielsweise SNF, derzeit massive Probleme gibt. MAN läßt bei seiner Tochterfirma SNF in Steyr nun die legendären Ur-Steyr-LKW’s auslaufen. BMW hat in der neuen Motorenausbaustufe nicht mehr, oder wird nicht mehr in Steyr investieren - Birmingham ist nun am Zug.

Noch ein Thema - **Verkehr**. Breitling schreibt: Zur Milderung der Abseitslage wurde die Veränderung der Westbahntrasse von den Bundesbahnen abgelehnt und statt dessen Verbesserungen der bestehenden Verbindung nach St. Valentin in Aussicht gestellt. Ich weiß nicht, woher Herr Prof. Breitling diese Information hat. Jedenfalls ist sie nicht mehr gültig bzw. ist sie falsch. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Die Bundesbahnen planen leider, leider und zu all’ unserem extrem großen Nachteil, keine Investition im Bereich der Schiene zwischen Valentin und Steyr. In dem 60 Mrd. Schilling Investitionsprogramm der nächsten 15 Jahre sind diese wohl von verschiedenster Seite immer wieder versprochenen Angaben nicht mehr drinnen. Und das ist ein Hauptgrund für die negative Entwicklung der Wirtschaftsregion Steyr. Und hier müßte dieses Problem ganz fest in diesem Konzept verankert sein, wenn wir schon in unserem Konzept nicht daran glauben, wenn wir uns abspeisen lassen mit Versprechungen, die dann nicht einmal im Konzept Niederschlag finden, ja wer soll uns denn dann unsere Notwendigkeit für eine überregionale Verkehrsanbindung überhaupt noch abnehmen? Wenn wir selbst das nicht in unser Konzept hineinschreiben.

Sie haben selbst gesagt - auch heute wieder Herr Prof. Breitling - und das kommt bei diesem Thema so klar zum Ausdruck: „Steyr ist ein Anhängsel der OÖ. Raumplanung oder Straßenbauplanung.“

Und ich teile nur nicht ihre Meinung, daß das Land fieberhaft daran arbeitet, daß bei der überregionalen Verkehrsanbindung von Steyr in den Wirtschaftsraum OÖ. hier etwas rasch geschieht. Also, diese Meinung teile ich nicht mit ihnen. Wir harren hier einer Lösung des Problems mit größter Sorge entgegen, aber wenn der zuständige Straßenbau-Landesrat jedes Jahr nur ein Hearing und eine Zusammenkunft in Steyr macht, dann werden wir wahrscheinlich das bis zum Jahre 2010 nicht schaffen.

Ein Wort noch zu den **Schulen**. Breitling schreibt von einer vertanen Möglichkeit, auf dem Gelände der ehemaligen Brown-Boveri-Werke ein drittes Gymnasium zu errichten. Ja Herr Bürgermeister Leithenmayr, diese Chance haben sie mit verbockt. Zuerst wurde dieses Projekt, die Erweiterung des Gymnasiums, mit dem Gestaltungsbeirat zwar äußerst positiv beurteilt und dann wurde dieses Projekt von weiteren Gutachtern zu Tode gegutachtet. Herr Bürgermeister Leithenmayr hat dann sofort gesagt: „Na dann bauen wir, das ist überhaupt kein Problem, auf den Brown-Boveri-Grundstücksflächen." Jedenfalls hat die Stadt es verabsäumt, hier Vorsorge zu treffen, daß es dort dann möglich gewesen wäre.

Enns hat hier rascher reagiert. Und dieses Gymnasium, das Steyr zugedacht worden wäre, wird nun in Enns errichtet und Steyr hat in absehbarer Zeit sicherlich kein drittes Gymnasium und wird hier den Rang als Schulstadt nicht weiter behalten können.

Ein Wort auch noch zur **Kultur**. Auch dieses Thema wurde im Stadtentwicklungskonzept lediglich mit einer halben Seite abgehandelt und bringt außer Altbekanntem nichts neues Verwertbares.

Für **Soziales** hat man erst unlängst, da wir gesehen haben, daß im vorliegenden Konzept kein ausreichendes Sozialkonzept enthalten ist, beschlossen, ein separates Sozialkonzept erstellen zu lassen.

Zum **Finanziellen**. Sie haben heute gesagt, Herr Professor: Es wäre ja verrückt, wenn ein Raumplaner nun über die Finanzpläne sprechen würde. Ja nur, wir sprechen sehr lange über das mittelfristige Finanzkonzept. Und natürlich müssen wir auch in Zukunft, wie ein ordentlicher Geschäftsmann, unsere Finanzen in Ordnung bringen, und da gehört das natürlich als integrierender Bestandteil dazu.

Abschließend möchte ich noch einmal wiederholen, daß ein Stadtentwicklungskonzept ohne Bürger, ein Stadtentwicklungskonzept, das kein umfassendes Stadtentwicklungskonzept ist, das seine Zielvorgabe nicht erreicht hat, nicht erfüllt hat. Zielvorgabe war ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept, und es wird unsere Zustimmung nicht finden. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Schloßgangl. Bitte sehr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Vertreter der Presse. Ich bin eigentlich etwas erschüttert, wie Dr. Pfeil jetzt die Kritik an Prof. Breitling geführt hat. Ich finde es beschämend, hier einzelne Redewendungen - den Versuch von Prof. Breitling, z.B. auf das Leitbild einzugehen - herauszunehmen und das in der Weise zu zerpflücken und zu kritisieren. Ich finde, das ist unter Akademikern nicht üblich und dessen nicht würdig. Das möcht ich einmal feststellen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

Nun zum Stadtentwicklungskonzept selbst. Den ersten Ansatz hat es im Jahre 1977 gegeben. Das war eine Auflistung verschiedener Maßnahmen und Probleme für die Stadt, eine Neufassung 1984. Man kann von einem Stadtentwicklungskonzept überhaupt nicht reden. 1991 wurde vehement von verschiedenen Fraktionen gefordert, ein Stadtentwicklungskonzept in Auftrag zu geben. Und ich gestehe zu, daß es zu spät war, viel zu spät. Es hätte schon 10 oder 15 Jahre früher gemacht werden sollen. Und es hätte auch vor dem Verkehrskonzept erstellt werden sollen, aber das war leider nicht möglich, ist nicht geschehen, und daher wurde es 1992 in Auftrag gegeben.

Es waren 4 Angebote da; vom Arch. Falkner, ohne besondere Angaben, Prof. Dr. Retzl, den die Blauen sehr gerne gehabt hätten, über Wunsch der GAL wurde Arch. Sackmauer und Semsroth eingeladen, die dann ihr Angebot wieder zurückgezogen haben und Prof. Breitling von der TU Graz, ein Universitätsinstitut für Denkmalschutz und Experte für Altstadterhaltung, Revitalisierung und Raumplanung. Und nicht zuletzt wurde uns Prof. Breitling auch über die Empfehlung durch die Landesplanung nahegebracht. Und ich glaube, wir haben mit ihm einen sehr guten Griff getan. Was erwarten wir, was erwarten sie sich, was erwartet sich die Bevölkerung von einem Stadtentwicklungskonzept? Ich glaube, hier sind Vorstellungen wachgerufen worden, die damit eigentlich überhaupt nichts zu tun haben. Wollen wir ein Marketingkonzept, ein City-Managementkonzept, ein Kultur-, ein Sozialkonzept? Das alles sollte Prof. Breitling hier auflisten, die Wege vorgeben, die Maßnahmen und Entwicklungen dafür, damit wir unsere Stadt in Zukunft entsprechend verkaufen können, wirtschaftlich bewerben u.dgl.m. Auch das Verkehrskonzept, die übergreifende Anbindung an den Zentralraum, die Anbindung an die Westbahn. Prof. Breitling hat das in seinem Konzept angedeutet und angeschnitten, wohl nicht sehr ausführlich, aber bitte, das wäre ja eine überörtliche Raumplanung. Das hat ja mit dem Stadtentwicklungskonzept nicht direkt etwas zu tun, weil wir und auch Prof. Breitling darauf überhaupt keinen Einfluß nehmen können. Es sollte die Konsolidierung, die Verbesserung sowie die Sanierung und gewisse Strukturmaßnahmen für die Stadt bringen. Und wenn ich noch einmal auf die Grundlagen komme, so ist es ganz klar im Raumordnungskonzept vorgesehen, was das Stadtentwicklungskonzept beinhalten soll. In erster Linie ist es an und für sich ein örtliches Raumordnungsprogramm, das Entwicklungskonzept, das letztendlich im Flächenwidmungsplan mündet und eine mittelfristige Finanzplanung für die Stadt ermöglicht. Und dann wurde kritisiert und ich möchte, nachdem ich mich und auch unsere Fraktion sich sehr intensiv mit Prof. Breitling und dem Konzept beschäftigt und besprochen haben und auch unsere Vorstellungen eingebracht haben, schon sagen, daß hier sehr wohl versucht wurde, eine Bürgerbeteiligung zu erreichen. Es ist heute schon angeklungen. Zuerst eine schriftliche Umfrage, dann eine Vorstellung im Stadtsaal, dann hat es 5 Stadtteilgespräche gegeben, zwei separate Sitzungen und Vorstellungen hier im GR. Es hat 9 Ausschußsitzungen im Stadtentwicklungsausschuß gegeben und diverse interne, persönliche Gespräche und Beratungen. Und das Interesse der Bevölkerung, auch in den Stadtteilgesprächen, war sehr minimal. Was hat man dort gefordert und gewünscht. In erster Linie Verkehrsprobleme, weil der Verkehrsreferent mit diesen nicht zu Rande kommt. Das war die Kritik, aber nicht das Stadtentwicklungskonzept. Und es waren eigentlich lauter kleine und Randprobleme, die die einzelnen persönlich, vor ihrer Haustüre, betroffen haben und für das andere haben sie sich gar nicht interessiert. Wir haben heute - Kollege Gabath und ich - mit einem Gewerbetreibenden in der Stadt ganz kurz darüber gesprochen. Der hat gesagt: „Stadtentwicklungskonzept, was ist das, sprich, was soll man darunter verstehen, was meinen sie?“ Überhaupt keine Ahnung. Ich habe gesagt: „Sie, sie waren eingeladen, es hat Stadtteilgespräche gegeben, es war im Amtsblatt.“ „Weiß ich nicht, keine Ahnung.“ Das heißt, das Interesse ist gleich Null. Interessieren tut es die Leute nur, wenn es um ihren eigenen, persönlichen Besitz, um ihren Grund, um die Widmung ihres Grundes oder um die Leistungen und Steuern geht, die sie dafür - ob Bauland oder Grünland - bezahlen oder nicht bezahlen müssen. Das ist einmal die **Öffentlichkeitsbeteiligung**.

Und wenn ich mir anschaue, wie die ausgeschaut hätte. Man wollte, ich habe schon angedeutet, ja sehr stark von der Blauen Seite den Dr. Retzl haben, bitte. Wir haben auch Angebote eingeholt. Und Dr. Retzl hätte dafür verlangt, ist ja kein Geheimnis, insgesamt über 5 Mio. Schilling. S 1,648 oder S 1,649 für das erste Jahr, und dann noch für das zweite und dritte Jahr 3,6 Mio. Schilling, ohne Umsatzsteuer. Das heißt, es wären 4,3 Mio. Schilling gewesen, bitte. Und dann hätten wir natürlich alles vergeben, weil er hätte nur eine Prozeßbegleitung gemacht. Er hätte vielleicht in der Öffentlichkeitsarbeit andere Maßnahmen gesetzt und eine andere Planung gemacht, aber er hätte keine Ahnung von einer Stadtentwicklung, von einer Flächenplanwidmung und von der ganzen Grundlagenforschung gehabt, die einem Architekten oder einem Raumplaner zu eigen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine böse Unterstellung und kreditschädigend.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Er hat das ausdrücklich gesagt, daß er dafür andere beschäftigen würde, bitte, daß er dafür andere Leute haben müßte. Das war ganz klar. Und deswegen haben wir für dieses Konzept auch Prof. Breitling eingeladen und genommen. Und ich glaube, er hat sich sehr bemüht, eine sehr intensive und gute Grundlagenforschung zu betreiben. Er hat ein sehr ausführliches Konzept gemacht, und die einzelnen Fraktionen haben ja das Gesamtkonzept vorliegen. Und wenn ich mir auch die Kurzfassung anschaue, dann möchte ich ihnen als Gegenstück das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Graz zeigen, bitte. Das ist aus dem Jahr 1990, es war zu Beginn, wie wir das beschlossen haben, knapp zwei Jahre alt. Das ist nicht ganz 1 cm dick. Hier haben sie das Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz. Und dann gehen wir her und kritisieren meiner Meinung nach die sehr gute Arbeit von Prof. Breitling. Wir sollten sie vielleicht nicht unbedingt nach der Rhetorik beurteilen. Er hat selber gesagt, als wir am Anfang einmal mit ihm gesprochen haben. Ja wissen sie, wenn dann hier die Vorträge kommen, da gibt es sicherlich bessere Redner als ich es bin. Aber wir sollten sie nach dem Inhalt beurteilen. Und ich finde, der ist wirklich sehr, sehr gut. Ich möchte vorderhand einmal zum Schluß kommen. Ich glaube, daß dieses Konzept sehr umfangreich erstellt wurde. Ich möchte aber auch noch zum Gewerbepark, den Herr Dr. Pfeil angesprochen hat, Stellung nehmen. Ich bin immer dafür eingetreten. Und wir sind nicht einmal hin und einmal her gefahren. Es hat verschiedene Meinungen in der Fraktion gegeben, zugegebenermaßen. Aber für den Gewerbepark bin ich immer eingetreten, weil man dort - daß es schwierig war, und daß gewisse Bedenken waren, ist schon richtig ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

..... daß Dich nicht schämen mußt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Red' Du nicht, von dem Du nichts weißt, sondern bleib bei der Wahrheit.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das mußt Du sagen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL

..... und wir haben gesagt, es wird dort in dem Bereich erschwerte Auflagen geben. Bitte, und wenn sie heute das vergleichen, wo die Fa. Engel in Dietach baut, die liegen im Wasserschongebiet. Und wir liegen mit dem Gewerbepark außerhalb des Schongebietes. Und ich sage ja, das ist eine Vision und es ist diese Vision wert. Das heißt noch lange nicht, daß er gemacht oder verwirklicht werden muß. Aber es ist die Chance und die Möglichkeit, daß wir dort Grundreserven für umweltschonende, umweltfreundliche Betriebe haben, wenn einmal die Frage an uns kommen sollte. Und Prof. Breitling hat gesagt: Er findet, es ist ein Atout in der Hand der Stadt, und ich gebe ihm recht. Und es wird im Flächenwidmungsplan, der für die nächsten 5 Jahre erstellt wird, ja nicht enthalten sein. Im Konzept ist es drinnen, sodaß wir die Vision haben, darauf zurückzugreifen. Ich möchte noch eines sagen. Prof. Breitling hat auch ganz kurz die Verbindung in Münichholz gestreift, von den beiden Stadtteilen. Städtebaulich auch eine Vision, zu der man „ja“ sagen könnte, nur populistisch, politisch habt ihr Freiheitlichen das sofort hochgespielt und habt die Bevölkerung in Unsicherheit versetzt und habt gesagt: Sind sie dafür, daß hier der Wald geschlagen wird, daß hier eine Schneise geschlagen wird. Und damit ist das kein Thema. Ich habe immer gesagt, ob dort sich Geschäfte ansiedeln würden, und ob man das überhaupt vermarkten könne, das ist eine andere Frage. Aber als Vision und aus städtebaulicher und städteplanerischen Sicht, ist die Idee nicht einfach zu verwerfen und abzuurteilen. Wenn es von der Bevölkerung bewußt nicht gewünscht wird, dann soll man dem Rechnung tragen und das respektieren. Aber nicht in der Form, damit wieder ein paar Stimmen verloren gehen.

Ich möchte abschließend sagen. Wir werden diesem Stadtentwicklungskonzept natürlich die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Herrn StR. Schloßgangl. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Der Herr Bürgermeister hat das schon erwähnt, der heutige Tag ist ein besonderer Tag für unsere Gemeinde, denn wir werden heute nicht über eher belanglosere Dinge abstimmen und diskutieren, sondern wir werden heute über die zukünftigen Weichenstellungen für die nächsten 10 Jahre diskutieren und auch dann das Entwicklungskonzept abstimmen, oder auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Abstimmen tun wir auf jeden Fall.

GEMEINDERAT MARCO VANNEK:

Die Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzeptes, habe ich schon gesagt, ist keine ganz normale Abstimmung, sondern es ist eine ganz besondere, und daher haben wir uns auch sehr dafür eingesetzt, daß die Erstellung dieses Konzeptes nicht einfach eine Angelegenheit von einer kleinen, aber feinen Riege aus Beamten und Spitzenpolitikern ist, sondern dieses Stadtentwicklungskonzept sollte eine Chance darstellen, in dieser Stadt ein bißchen mehr direktdemokratische Methoden in den Planungsprozeß einfließen zu lassen. Erst viel zu spät wurden die Chancen erkannt, die in dieser Art von Planungspolitik, die wir nicht so oft bis jetzt durchgeführt haben, stecken. Auf unseren Antrag hin wurde der Stadtentwicklungsausschuß eingerichtet. Es hat dann auf unsere Anregung hin Stadtteilgespräche gegeben, die heuer, oder voriges Jahr im Sommer, stattgefunden haben, oder im Spätsommer. Trotz alledem sollten wir uns nicht hinwegtäuschen, daß die Bürger über diese Jahre der Stadtentwicklungs-Planerstellung fast keine Möglichkeit der Mitwirkung gehabt haben. Mit ein wenig mehr Engagement von seiten des Planers und auch der beschäftigten Magistratsbeamten hätte mehr herausschauen können. In diesem Konzept, das wir jetzt vor uns liegen haben, stecken nur ganz wenige oder nur ansatzweise, visionäre Perspektiven. Prof. Breitling spricht zu Beginn von einem Leitbild für die bauliche Zukunft als das Wesensmerkmal des Stadtentwicklungskonzeptes. Ich glaube aber, daß die bauliche Zukunft ein sehr wichtiger Aspekt ist, aber es sollte nicht der alleinige Aspekt sein. Ich glaube hier gehören die ganzen ökologischen Perspektiven, die sozialen, die wirtschaftlichen, die kulturellen usw. dazu. Was ich schon vorhin gesagt habe, diesem Konzept fehlen Visionen. Ich möchte einmal kurz umreißen, was ich jetzt unter diesem Begriff verstehe. Vor mir steht immer dieser Begriff der ökologisch orientierten Stadt. Die Anwendung von energiesparenden, gesundheitsverträglichen, baubiologisch abgestimmten Bauweisen ist genauso von Bedeutung, wie die Regenwasserspeicherung, die Brauchwasseraufbereitung und die Brauchwassernutzung und damit verbunden ist die Trinkwassereinsparung, die Weiterverwertung von Abfällen sowie die Begrünung von Fassaden usw. Das Grundprinzip einer ökologischen Stadt ist die Schonung der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, die Verminderung der Umweltbelastung, die Förderung der Gesundheit und die Schaffung von Lebensqualität, insbesondere für sozial benachteiligte, alte, behinderte Menschen. Die ökologische Stadt ist ferner offen für Entwicklungen sozialer, technischer und kultureller Art und fördert die Mitbestimmung bzw. die Beteiligung ihrer Bewohner an der Planung und Gestaltung ihres Lebensraumes. Die ökologische Stadt ist ein lebendiger Organismus, der sich in einem ständigen Wandel befindet. Somit ist die ökologische Stadt auch eine Werkstatt für neue, zukunftsorientierte Lösungen. Ganz wichtig, die ökologische Stadtentwicklung setzt Prioritäten. Sie stellt Stadterneuerung vor Stadterweiterung, bemüht sich bei Neuplanung um geringen Flächenverbrauch und in qualifizierter Dichte sowie um die Verminderung des PKW-Verkehrs zugunsten des öffentl. Verkehrs, Reduktion des CO2-Ausstoßes durch Nutzung erneuerbarer Energieträger und Wiederherstellung von Kreisläufen. Ich habe das bewußt hier gesagt, um einmal allen hier verstehen zu geben, was ich oder was wir uns unter Visionen einer ökologischen oder Visionen einer Stadtplanung vorstellen. Und genau diese Aspekte, diese Leitbilder, fließen jetzt oder sollen in die Stadtentwicklung hineinfließen. Und jetzt möchte ich konkreter zu den Konzeptinhalten werden.

Wie Dr. Breitling richtig in seinem Konzept anführt, liegen im Nahbereich zwischen der beiden Flußufer Steyr und Enns die meisten ökologisch wertvollen Flächen. Doch ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir auf die Flächen in anderen Stadtteilen nicht vergessen sollen. Es gibt besonders schützenswerte Höhen, Terrassen, auf die unbedingt in Zukunft auch ein Rodungsverbot aufrechterhalten bleiben muß. Im Gegensatz zu Dr. Breitling und den Fraktionen der SPÖ und ÖVP ist für uns das Gebiet rund um das Stadtgut ein erhaltens- und schützenswertes Gebiet. Nur weil bereits in Dietach mit der Verbauung an den Rändern des Wasserschutzgebietes begonnen wurde, brauchen wir noch lange nicht das gleiche tun. Sondern ich meine, dieser Technologiepark ist in seiner Bedeutung, im Zusammenhang mit dem Eingriff in den Naturhaushalt, nicht zu unterschätzen. Wir haben insgesamt - so steht es im Konzept - 50 ha Baulandreserven im Bereich der Gewerbebaugebiete. Wir müssen danach trachten, daß wir diese Gebiete zuerst einmal ausnützen und diese verdichtete Verbauung im Stadtbereich vorantreiben und erst dann können wir darüber reden, wie man in den Stadträndern, insbesondere im Bereich des Stadtgutes, weiterplanen können. Die erste

Priorität sollte sein, im Bereich der Innenstadt verdichten und nicht draußen. Ich möchte noch auf ein Zitat von Prof. Breitling hinweisen. Wenn die Entwicklung so weiter laufen würde, wie in den letzten 10 Jahren, hätte Steyr genügend Bauland für 20 Jahre und genügend Gewerbebauland für 25 Jahre. Und das sollten wir uns immer vor Augen halten.

Ich möchte noch ein bißchen beim Stadtgut bleiben, weil hier noch einige sehr interessante Zitate im Stadtentwicklungskonzept zu finden sind. Prof. Breitling mag es nicht ganz glauben, daß es sich in diesem Gebiet nur um eine wertlose Ackerfläche handelt. Ich glaube aber, dort draußen gibt es nicht nur diese Ackerfläche, sondern dort draußen gibt es mehr. Es gibt diese Teiche, es gibt Waldabschnitte, es gibt dann diese Hanglagen runter zur Enns, und diese ganze Kombination macht ja dieses Gebiet so wertvoll. Wie gesagt, diese Feststellung, es sei nur eine wertlose Ackerfläche, ist meines Erachtens nicht sehr zielführend.

Der anschließend zu erstellende **Flächenwidmungsplan** muß auf jeden Fall auf Grundlage eines umfassenden Grünflächenplanes basieren. Ich stimme mit Prof. Breitling überein, wenn er davon spricht, daß die Sanierung und Bestimmung der Grünzüge nach Gesichtspunkten, die von Erholung und auch von stadtgestalterischen und ästhetischen Kriterien festgelegt sind. Eine unumgängliche Voraussetzung für die Neuausarbeitung des Flächenwidmungsplanes ist die Erstellung einer Biotopkartierung. Wir haben darüber heute schon einmal kurz etwas gehört. Dr. Breitling als zukünftiger Flächenwidmungsplaner muß auf jeden Fall über die ökologischen Funktionen der einzelnen Gebiete informiert sein, wenn er dann diese Gebiete auch bewerten möchte. Ohne einer vorherigen Biotopkartierung kann ich mir nicht vorstellen, daß der Stadtplaner einen ökologisch orientierten Flächenwidmungsplan erstellen kann. Das nur als Schlußbemerkung. Ich sehe mit Sorge den sogenannten **Auflösungserscheinungen** an den Steyrer Stadträndern entgegen, besonders an der Wolfener-, an der Ennser- und an der Eisenbundesstraße. Dort entstand so eine Art undefinierbarer Siedlungs- und Gewerbebrei. Einerseits werden in einigen Teilen ziemlich planlos Einfamilienhäuser in früher landwirtschaftlich genutztem Gebiet errichtet, anderseits breiten sich an bestimmten Punkten die Gewerbegebiete in einem sehr chaotischen Zusammenhang aus. Dr. Breitling versucht hier, diese Tendenzen in seinem Plan mit planerischen Akzenten aufzuhalten. Ob das so richtig gelingt, werden wir dann spätesten in 10, 15 Jahren sehen, wenn die Entwicklungen weiter fortgeschritten sind.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, was mit unserem **Trinkwasser** passiert. Ich stimme nicht mit der Meinung von Herrn Prof. Breitling überein, daß das Trinkwassergebiet draußen in Dietach verkleinert werden soll, nur um neuen Betrieben die Möglichkeit zur Ansiedlung zu schaffen. Dies widerspricht jeder ökologischen Orientierung. Der Grundwasserstrom wird sich ja nicht daran halten, wenn jetzt oberhalb von ihm Gewerbebetriebe angesiedelt werden, er wird trotz alledem so bleiben.

Jetzt zum Thema **Entwicklungsschema**. Ganz richtig ist in unseren Augen das Modell der inneren Stadterweiterung. Ich habe das bereits zu Beginn erwähnt. Anstatt gerade los in bisher unbebautes Land hineinzuplanen, sollten die zahlreichen Raumreserven in Form von Baulücken und unbebauten, gewidmeten Grundstücken für Baumaßnahmen herangezogen werden. Nur sollten die Bebauungsvorschläge verwirklicht werden und nicht neu geschaffen werden, siehe Technopark im Stadtgut draußen.

Die Idee der **Heimatorte** ist meines Erachtens sehr lobenswert. Nur sollten auch entsprechende Maßnahmen verwirklicht werden, um den Menschen die Gelegenheit zu geben, das Heimatortegefühl auch selbst entwickeln zu können. Hiezu zählen vor allem diese Zentrenbildung in den größeren Stadtteilen, oder wie auch oben am Resthof diese Errichtung von Infrastrukturen in Richtungen, wie z. B. die Volksschule usw. Also das sind meines Erachtens ganz wichtige Aspekte, um dieses Heimatortegefühl entwickeln zu lassen.

Thema **Verkehr**. Dr. Breitling predigt zwar oft über die Notwendigkeit des öffentl. Verkehrs und die Benützung des Rades sowie die Erreichbarkeit mittels Zufußgehens, aber konkret sieht es dann meines Erachtens aber ganz anders aus, wie z.B. beim Thema **Nordspange**. Ich zitiere hier einmal: Als Freiraummaßnahme im weiten Sinne kann man auch die Einbettung der Nordwestspange in ein

großzügig bemessenes Grünband betrachten, wobei dieses Band die Demarkationslinie - ist schon ein sehr fragwürdiges Wort in diesem Zusammenhang - zwischen dem Stadtbereich und dem naturnahen Außenbereich darstellt.

Ich glaube, es ist wirklich verrückt zu behaupten, wenn man eine Bundesstraße als Grünschneise oder als Freiraum darzustellen versucht. Freiräume sind für mich von Bebauung verschont gebliebene Flächen und nicht Straßen, die diese Freiräume ja unwiderruflich zerstören. Da glaube ich, muß man sich was anderes einfallen lassen, wenn man diese Straßenprojekte persönlich als relativ sinnlos betrachtet durchargumentieren möchte. Es kann nur von Freiräumen für Autoraser die Rede sein. Für mich ein weiterer Beweis dieser Denkweise oder Tendenz ist folgendes Zitat: Trotz aller Bemühungen um die Förderung oder Forderung nach Stärkung der alternativen Verkehrsarten wird die Erreichbarkeit des Zentrums mit dem PKW noch lange ein Lebensnerv des Einzelhandels sein. Genau diese Argumentation wurde bereits hundertmal widerlegt. Es gibt zahlreiche Beispiele von autofreien Stadtzentren, wo es gelungen ist, den Autoverkehr hinauszubringen, aber der Handel ist deswegen nicht zusammengebrochen, sondern im Gegenteil, er floriert. Und genau das müssen wir in Steyr auch meines Erachtens probieren, daß wir das Stadtinnere autofrei bringen, um so die Attraktivität der innerstädt. Einkaufsmöglichkeit zu heben.

Zu den geplanten **Infrastrukturmaßnahmen**. So wie Prof. Breitling angeregt, brauchen wir dringend ein Landschaftskonzept mit einer **Biotopkartierung**. Wir müssen in Steyr systematisch den Grünraum erhalten und in einigen Bereichen sogar ausbauen. Wir brauchen vor allem im Verkehrsbereich nicht weitere Straßen, wie z.B. die Nordwestspange, sondern müssen Maßnahmen setzen, um den Fußgängerverkehr, Radverkehr und die öffentl. Verkehrsmittel zu fördern, wie wir es ja schon einmal im GR vor mehreren Jahren einstimmig beschlossen haben. Sehr lobenswert ist auch die Erwähnung der Notwendigkeit eines **Beschleunigungsprogrammes** im Bereich des städt. Verkehrs. Wir brauchen ferner eine sozialverträgliche Infrastruktur. Das heißt, keine großen Altenpflegeheime, sondern dezentral organisierte Hilfsdienste in den einzelnen Stadtteilen. Wir müssen uns auch überlegen, ob wir weiterhin teures Geld in die Kanalisation stecken, oder ob es nicht doch Möglichkeiten gibt, genau in diesem Bereich kostengünstigere, aber genauso ökologisch verträgliche Lösungen - ich meine jetzt dezentrale Pflanzenkläranlagen -, errichten zu wollen. Beispiele dazu gibt es ja bereits in vielen Städten.

GR. Dr. Tilman Schwager verläßt um 16.35 Uhr die Sitzung.

Jetzt zu unserem Abstimmungsverhalten. Ich habe jetzt den Antrag gesucht bzw. die beiden Anträge, die wir vorbereitet haben. Wie sie vielleicht schon herausgehört haben, sind die Knackpunkte der GAL Fraktion, die des Technologieparks und der Nord-Westspange. Daher ein Abänderungsantrag bzw. wir möchten einen Abänderungsantrag stellen, der wie folgt lautet. Er besteht aus 2 Teilen, die auch hoffentlich getrennt abgestimmt werden. Lt. Statut braucht er eine Unterschrift, es sind zwei darauf, also wird er ordnungsgemäß eingebracht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Er ist gültig.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Der erste Abänderungsantrag lautet:

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat strebt bei Bedarf die Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben nicht im Kerngebiet des Stadtgutes an, sondern parallel entlang der Nordspange im Bereich Dietach.

Begründung:

Der Kernbereich des Stadtgutes sollte in seiner Funktion als Naherholungsgebiet erhalten bleiben. Die Aufschließungen für eine gewerbliche Nutzung in diesem Bereich würde verhältnismäßig hohe Kosten verursachen. Daher ist es sinnvoller, wenn Gewerbebetriebe sich parallel zur Trasse der Nordspange ansiedeln und so die direkte Anbindung an die Straße ausnützen können.

Also, es gibt in diesem Bereich neben der jetzt gebauten Nordspange genügend Gewerbegebiet, man braucht es sich nur auf der Karte anschauen, das für diese Gewerbeansiedlung nutzbar gemacht werden könnte, und nicht ein Gebiet, das in der Landschaft mittendrin steht.

Ja und der zweite Antrag.

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Berücksichtigung der Planungsansätze der Nord-Westspange im Stadtentwicklungskonzept aus.

Begründung:

Das geplante Projekt würde durch ökologisch wertvollen Grünraum sowie bewohntes Gebiet verlaufen und ist daher aus diesen Gründen abzulehnen.

Abschließend möchte ich mich trotz alledem für die Zusammenarbeit bei Herrn Prof. Breitling bedanken. Es war eine sehr intensive Zusammenarbeit mit einigen vielen oder mehreren Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten, aber insgesamt gesehen, war es eine sehr angenehme Zusammenarbeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich glaube, bevor wir die Abänderungsanträge abstimmen, unterbrechen wir kurz die Sitzung zur Beratung der Fraktionen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich ein Wort dazu sagen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, daß einmal geklärt werden müßte, welche Flächen sie mit der Widmung, anstelle der Vorbehaltsfläche, wo wir den Technologiepark hinhaben wollten, meinen. Welche Alternativen? Wir müssen ja zumindest einmal wissen, wohin der Antrag orientiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben alle eine Karte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht könntest Du das einmal zeigen.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ja, es gibt auf Seite 43 des Kurzkonzeptes eine Karte, diese Punktekarte, da sieht man den Technologiepark .....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da kann er nur da meinen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat gesagt, parallel zur Nordspange, da kann er nur da meinen. Da ist ja schon die Ennser Straße.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja also da ist das Stadtgut, diese Fläche wird sowieso als Gewerbeansiedlungsgebiet angewiesen und da auch .....

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Also bleiben wir bei der 43er. Und es gibt in diesem Bereich, da ist das geplante Technologieparkzentrum, hier gibt es Flächen, die unseres Erachtens genausogut genützt werden können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Stadteinwärts oder stadtauswärts?

Zeigen sie mir das einmal ein bißchen?

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Hier.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da ist ja das Umspannwerk. Das ist ja alles verbaut.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Es gibt trotzdem die Möglichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, da ist keine Fläche. Ich glaube, wir werden sich beraten müssen.

Jetzt weiß ich es, da meint er.

Unverständliche Wortmeldungen

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich werde die Sitzung kurz unterbrechen, damit sich die Fraktionen beraten können. Vielleicht kann Herr Prof. Breitling vorher eine Aufklärung geben. Herr Professor, bitte.

UNIV.-PROF. DR. PETER BREITLING:

Nur ganz kurz. Jeder Punkt des Berichtes von Vizebürgermeister Dr. Pfeil kann widerlegt werden ....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Tun sie’s.....

UNIV.-PROF. DR. PETER BREITLING:

....., das würde ich aber nicht wagen, weil man dann die GR-Sitzung noch sehr, sehr lang verlängern müßte. Erinnern sie sich daran, was er gesagt hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also dann würde ich schon sagen, dann tun sie’s, Herr Professor, wenn sie das behaupten, das ist doch lächerlich.

UNIV.-PROF. DR. PETER BREITLING:

Ich gebe ihnen ein Beispiel.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist er Gemeinderat, oder ist er Auskunftsperson? Das kann doch nicht sein, daß er hier mitdiskutiert und wenn ich dann keine Möglichkeit mehr habe....

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Professor ist bitte .....

UNIV.-PROF. DR. PETER BREITLING:

Danke. Nein, nein.

Herr Univ.-Prof. Dr. Peter Breitling verläßt das Podium.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Die Debatte verläuft da offenbar in eine Richtung, die nicht als konstruktiv bezeichnet werden kann. Leider haben sie wieder einmal, Herr Dr. Pfeil, ebenfalls aus meiner bescheidenen und natürlich subjektiven Sicht, den Anfang gemacht. Meiner Meinung nach kann doch die Debatte über ein Stadtentwicklungskonzept, das 10 Jahre in die Zukunft reicht, nicht so geführt werden, daß sie sich da herstellen, Herr Dr. Pfeil, und die Ausführungen des Stadtentwicklungsplaner so quasi zu 90 % als inkompetent erklären. So kann ja eigentlich das nicht sein. Vor allen Dingen ist von mir ausführlich erörtert worden, noch intensiver vom Koll. Schloßgangl, daß wir die Debatte ja geführt haben, daß es Bürgerbeteiligung gegeben hat. Ich lasse mir jederzeit einreden, daß sie zu einer Reihe von Punkten unterschiedliche Meinungen vertreten. Das ist natürlich legitim und kann natürlich auch Anlaß für eine Nichtzustimmung zu dem vorliegenden Konzept sein. Aber wie das von ihrer Seite abgehandelt wird, das halte ich einfach nicht für zielführend. Sie sagen, das Stadtentwicklungskonzept ist ihnen so wichtig, das war ihre Einstiegsformulierung. Jetzt sind sie eigentlich dagegen, daß eines beschlossen wird. Das ist nicht leicht, Ihren Ausführungen zu folgen. Ich muß auch ehrlich sagen, es hat natürlich immer Konzepte gegeben, aber noch niemals hat es ein so wissenschaftlich erarbeitetes, auch auf Grundlagenforschung aufgebautes, empirisch zusammengetragenes Konzept gegeben, wie das nun vorliegende, zu dem man natürlich in einzelnen Punkten unterschiedlicher Meinung sein kann, das ist keine Frage.

Alleine die Frage Raumplanung im Vordergrund bei Prof. Breitling. Andere Bewerber haben andere Zugänge gehabt. Für uns war das eigentlich eine Empfehlung, Herrn Prof. Breitling damit zu beauftragen. Und wir sind damit gut und richtig gefahren, weil sich eigentlich 2 Jahre nach unserer Beauftragung ergeben hat, daß dieses Raumordnungsgesetz des Landes OÖ. beschlossen wurde und ausdrücklich dieses Herangehen festschreibt. Hätten wir das anders angegangen, müßten wir ein weiteres Konzept bestellen, um dem Gesetz zu genügen. So sieht doch die Welt aus, meine Damen und Herren. Und die Leitbilddiskussion und das Leitbild als solches dann ständig hier in den Mund zu führen, da muß ich dazu sagen, Leitbild, da kann man sich vieles darunter vorstellen. Ich betrachte es, in der Form wie sie es tun, als einen Allgemeinplatz, Herr Dr. Pfeil. Ich habe sie nämlich mehrfach gefragt - und es werden sich die Mitglieder des Planungsausschusses entsinnen - was sie darunter konkret verstehen. Und da war Schweigen im Walde. Leitbilddiskussion zu führen, kann man endlos. Ich weiß nicht, was Herr Prof. Breitling hätte tun sollen. Hätte er ihnen ein Bild malen sollen? Vielleicht etwas überspitzt formuliert, auch das hat er getan. Seine Pläne sind hier durchaus farbig und koloriert. Leitbild in dem Sinn wie ich es verstehe, geht aus dem umfangreichen Werk in einer viel deutlicheren Weise hervor. Wenn ich das Papier zur Hand nehme und mir ansehe, nämlich den Maßnahmenkatalog, meine Damen und Herren. Wenn wir uns den Maßnahmenkatalog ansehen, der hat eigentlich die Leitbildfunktion. Darin steht nämlich, welche Ziele wir bei der Realisierung und Umsetzung dieses gesamten Stadtentwicklungskonzeptes verfolgen.

ZWISCHENRUF: Seite 44

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ich bin fast da, man findet es ja nicht, es ist ja so umfangreich gegenüber dem Grazer Konzept.

Gelächter

Meine Damen und Herren, das ist schon ein Leitbild und auch eine Vision, bitte wenn er sagt, Biokartierung ist vorzunehmen, Naturschutz für die Steyrer Niederung, das hat es bisher doch nicht gegeben. Und es soll eigentlich bis nach Letten hinaus gehen. Das ist auf jeden Fall auch schon visionär, wenn man weiß, daß es mehr als 100 Grundbesitzer gibt und daß erstmals eine solche Überlegung heransteht und wir als erste Stadt an einer dieser Kopfseiten dieses Gebietes hier auch vorausgehen wollen und auch Möglichkeiten dazu haben, wenn wir z.B. die Liebesinsel aus der Bewirtschaftung nehmen und andere Dinge mehr, was nicht heißt, daß alle Funktionen dort unterbleiben müssen. Oder die Frage des Bauens im Überschwemmungsgebiet, da sind doch hier Vorstellungen da, die Wehranlagen, nur alleine in diesem Bereich ökologisch wertvolle Gebiete, die Grünkanten, Herr Kollege Vanek hat hier die Grünzüge angesprochen, oder die Begehbarkeit der Freiräume und Naturpfade anzulegen. Das alles kommt hier vor, nur alleine in diesem Bereich. Oder die Frage der Flächensparsamkeit, die ist doch hier eindeutig im Detail festgelegt. Da ergibt sich für mich, wenn ich mir diese Festlegungen, die Prof. Breitling hineingeschrieben hat, sehr wohl ein Bild. Ein anderes Bild, das sehr konkret ist, das auch dorthin geht, wie sie das gesagt haben, Herr Koll. Vanek, daß man natürlich die Baulücken schließen muß. Daß man die Heimatorte noch auffüllen muß. Daß man hier andere Ortsgebiete eben möglichst mit zusätzlichen Bauten so gestaltet, die Einwohnerschaft betreibt, daß sich hier Infrastruktureinrichtungen auch rechnen und tragen. Das geht durch bis hin zur Erhaltung der bäuerlichen Betriebe in unserer Stadt, bis zum Nachdenken darüber, wie denen das Leben erleichtert werden kann. Und das setzt sich fort über alle Bereiche, die hier für uns entscheidend sind, nämlich auch die Aufforstungsgebiete, den Ausweis aller Waldungen, auch die, die nach dem Forstgesetz keine Waldungen sind, die Freiraum- und Erholungsflächen, die Frage der Wohnungsnachfrage. Überall sehen wir hier ganz klar festgelegt, in welche Richtung es in Zukunft fortgehen soll, z.B. beim sozialen Wohnbau, die Frage des Baulandüberschusses, eine Beschleunigung der Verfahren ist wünschenswert, schreibt Breitling, um hier auch die Einhebung des Aufschließungsbeitrages erreichen zu können, den das Raumordnungsgesetz vorsieht. Dadurch, Herr Koll. Vanek, werden nämlich die Grundstücke in Bewegung kommen und dann kann man diese Baulücken füllen, weil dadurch sonst für den Grundbesitzer eben Anliegerbeträge zu leisten sind.

Auch zur Frage der Gewerbegrundstücke, der Industriegrundstücke, ist uns hier auch ausreichend die Linie vorgegeben und empfohlen, mit denen kann man sich identifizieren. Sie haben durchaus visionären Charakter. Und wenn man will und dazu in der Lage ist, kann man auch das Bild sehen, wie diese Stadt in 10 oder noch mehr Jahren aussehen wird. So, meine Damen und Herren, möchte ich schon sehr unterstreichen, daß die Qualität dieses Konzeptes in OÖ. wahrscheinlich seinesgleichen sucht. Ich möchte fragen, Herr Dr. Pfeil, weil sie von den Beispielen und der Bürgerbeteiligung reden. Wo denn, bitte, 50 und mehr Prozent? In einem Dorf ist das vielleicht denkbar, verbunden mit einem Preisausschreiben, sonst sehe ich diese Chance nicht.

Gelächter

Und ich kenne auch wirklich die Bemühungen der Stadt Linz und der Stadt Wels zu diesem Thema, die das, wie ich schon angeführt habe, völlig anders angehen, weil sie ja auch dem Gesetz entsprechen müssen, die machen sich das intern. Ich bin überzeugt davon, daß hier sicherlich nicht dieser wissenschaftliche Aufwand betrieben wurde. Ich gehe davon aus, daß es auch in den Städten Linz und Wels viele Untersuchungen und Studien gibt, die sie natürlich auch verwenden werden, aber hier so ein Gesamtkonzept, wie wir das machen, glaube ich, das ist eine sehr qualifizierte Vorgangsweise, der man unterstellen kann, daß sie auch zum Ziel und Erfolg führt. Und natürlich, wenn sie sagen, hier der Hauptmangel sei, daß es nicht umfassend ist. Was kann den schon umfassend sein? Welches Werk kann umfassend sein und alles beinhalten, wie soll denn das ein einzelner, auch wenn er mit Schlüsselpersonen, Politikern, Bürgerbeteiligung hier versucht, alles was greifbar ist einzubauen? Es wird, glaube ich, niemals gelingen. Und weil sie sagen, das Konzept ist zutiefst konservativ. Nun, konservativ muß nicht immer etwas Schlechtes sein. Ich meine, daß unsere Stadt, mehr als tausend Jahre als Stadt erhalten, sich entwickelt hat in dieser Zeit und eigentlich abgesehen von natürlich einigen Sündenfehlen, die es wahrscheinlich überall gibt, aber in Wahrheit etwas ist, das in seiner Qualität, auch in seiner Schönheit, von anderen Städten her nicht leicht überboten werden kann. Alle Umfragen beweisen das, und unsere Gäste meinen das auch. Wir selbst meinen, daß wir mehr Menschen mit der Qualität dieser Stadt vertraut machen wollen und sollen. Und daher wäre es in Wirklichkeit völlig Fehl am Platze zu meinen, man soll das, was an dieser Stadt gut ist, total umdrehen. Wie schauen denn wirklich neue Planungen aus? Die Stadt am Reißbrett?! Ist das ein erstrebenswertes Ziel? An irgendeinem oder anderem Ende der Stadt. Das wollen sie nicht, Herr Kollege, im freien Raum, auf dem Reißbrett geplante Satellitenstädte, da bin ich überzeugt. Wir haben eine Stadt, die sich ein bißchen in dieser Weise entwickelt hat, die Nordstadt, den Resthof, der auch des öfteren einmal negativ in den Schlagzeilen ist, von dem wir wissen, daß dort einiges an Planung hätte anders sein können.

Wir haben des öfteren davon geredet, aber 1962, als die intensive Wohnbautätigkeit der Stadt begonnen hat, da waren die Prioritäten anders. Und natürlich muß man das, was damals gemacht wurde, aus der Sicht dieser Zeit beurteilen. Und wir haben sehr klar erkannt und auch gesagt und auch das ist hier lesbar, nachvollziehbar in dem Konzept, daß wir dort ein Nachrüsteprogramm durchführen müssen. Das ist auch in anderen Städten so. Und der Resthof ist lange nicht so schlecht, wie manchmal versucht wird, ihn darzustellen, besonders was die Miethöhen usw. anbelangt.

Weil sie meinen, daß hier Prof. Breitling sich hier in aktuelle Fragen eingemischt hätte. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Natürlich haben wir ihn gebeten, den Stadtplaner, seine Meinung und Stellungnahme kundzutun. Hätten wir wieder einen anderen holen sollen, wenn es darum geht, aktuelles Baugeschehen, Funktionsbauten zu beurteilen etc. ? Er hat dazu kurzfristig, das wird ihm jetzt auch noch zum Vorwurf gemacht, auch seine Stellungnahmen abgegeben, wohl begründet wie ich meine und auch qualitätvoll, wie wir es von ihm gewohnt sind. Also einmischen, ist hier absolut der falsche Ausdruck. Mit einem Planer, der den Auftrag von uns hat, 10 Jahre in die Zukunft zu planen, nicht über aktuelle Baugeschehen zu reden, wäre meiner Meinung nach ein unverzeihliches Versäumnis von uns. Weil da wird sich wohl jeder zu Recht denken, wie soll ich denn planen und versuchen, Fehler in Zukunft zu vermeiden, wenn nicht einmal während meiner Planungszeit mit mir über Großbauvorhaben geredet wird. Und ich glaube auch, daß es nicht zulässig ist, daß sie Herrn Prof. Breitling sagen, förmlich in den Mund legen, Herr Dr. Pfeil, er hätte gemeint, im Zusammenhang mit diesem Bürgerbeteiligungsverfahren, die Bürger seien zu dumm. So etwas habe ich nie - auch nur ansatzweise - gehört oder gespürt. Sie haben wörtlich das so gesagt, daß Prof. Breitling das gesagt hätte. Aber nehmen wir doch ein aktuelles Beispiel aus dieser heutigen Diskussion. Wir sind damit konfrontiert, daß zwei private Interessenten, Proponenten, Betreiber, vielleicht einen Golfplatz auf unserem Territorium machen wollen. Nicht wahr? Und wir haben darüber zu entscheiden, ob wir das gutheißen, oder nicht. Wir sind hier plötzlich mit dieser Überlegung konfrontiert. Und dann klopfen wir uns bitte sehr einmal auf die Brust. Wer ist denn schon wirklich in der Lage, hier eine richtige Entscheidung - sozusagen aus der Hüfte heraus - zu treffen? Ich fühle mich nicht dazu in der Lage. Und ein jeder, der die Verantwortung ernst nimmt und spürt, der wird das glaube ich auch nicht so leicht machen können. Und eigentlich geht es unseren Bürgern mit diesen komplexen Themen, die hier abgehandelt werden, auch so, und zwar in den

meisten Fällen, die es halt nicht unmittelbar aus ihrer Sicht vor der Tür ihres Hauses beurteilen können, wie uns mit dem Golfplatz, der uns heute kundgetan wurde. Daher brauchen wir uns nicht wundern und die Bürger brauchen gar nicht dumm sein, sie werden ihr Interesse schon zum Ausdruck bringen und ihre Meinungen äußern. Wir, glaube ich, haben uns im Hinblick auf Bürgerbeteiligung wirklich sehr, sehr bemüht. Es ist ein wenig bedauerlich, daß so eine wichtige Weichenstellung nicht mehr Beachtung bei den Bürgern findet, aber ich glaube, wir könnten noch so viele Anstrengungen machen und noch irgendwelche Beteiligungsversuche starten, viel mehr als tausend Bürger - und die haben wir bei den Stadtteilgesprächen ungefähr erreicht -werden wir kaum, auch bei einem weiteren solchen Verfahren, erreichen. Und dann .....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Feldkirch hat 46 % einge....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Stadt Feldkirch hat 46 % eingebunden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja wissen sie, das ist eine Frage der Beurteilung. Ich sage jetzt, wir haben alle Bürger eingebunden, weil wir haben zweimal im Amtsblatt flächendeckend .....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nachvollziehbar .....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, nachvollziehbar, mag schon sein, aber ich weiß nicht, was die alles gemacht haben. Vielleicht haben sie wirklich ein Preisausschreiben gemacht. Verstehen sie mich richtig? Mir geht es darum, daß hier die Einbindung auch in der Form geschehen soll, daß wirklich qualifizierte Mitarbeit stattfindet. Und ich muß sagen, das ist nicht so einfach. Sie brauchen sich nur dieses Buch hier ansehen und wieviel Zeit es in Anspruch nimmt, es nur zu lesen. Was noch nicht heißt, daß man sich überall dabei auskennt. Das wird der Bürger einfach nicht tun. Ich meine nur, daß wir letzten Endes auch von den Bürgern gewählt wurden, jeder aus seiner Richtung und wir hier die Verantwortung zu übernehmen haben und die Bürger das auch von uns erwarten dürfen. Und nicht ununterbrochen zu demonstrieren und hier sich - weiß ich nicht - in Auseinandersetzungen zu ergehen, muß nicht unbedingt heißen, daß

die Qualität hier eine schlechte ist.

Wasserschutzgebiet ist gesagt worden, soll eingeschränkt werden. Ich würde mich sehr dagegen verwehren. Ich lese das auch nirgends. Das ist nicht vorgesehen. Das Gegenteil habe ich eigentlich bemerkt. Es sollte hier versucht werden, zusätzliche Quellen zu erschrotten, steht nämlich - glaube ich - in dem Konzept, wenn ich das richtig gelesen habe. Dann haben sie noch ein paar Dinge gesagt, Herr Dr. Pfeil, ich meine, die nichts mit diesem Konzept zu tun haben, weil MAN Steyrer LKW's auslaufen läßt .....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber mit der wirtschaftlichen .....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... ist mir beim besten Willen nicht möglich zu erkennen. Mit der Wirtschaft hat es schon zu tun, aber was glauben sie, wie lange der Steyrer LKW mit dem Gesicht auf dem Markt ist. Sie werden es nicht wissen, aber ich sage es ihnen, 25 Jahre. 25 Jahre immer noch der LKW auf den Straßen, eigentlich immer noch gekauft. Hier Veränderungen vorzunehmen, sich anzupassen, Neuprodukte zu entwickeln und herauszubringen, das ist im positiven Sinn wirtschaftliche Entwicklungen zu erkennen. Wir glauben, wir können ewig einen Oldtimer erzeugen, wäre meiner Meinung nach falsch.

Gelächter

Übrigens auch die Entscheidung vom BMW, hier auch Investitionen in Großbritannien durchzuführen, ist hier nicht Gegenstand unseres Stadtentwicklungskonzeptes und kann auch von uns nicht - jedenfalls nicht direkt - beeinflußt werden. Man muß BMW zugute halten, daß hintereinander 5 Ausbaustufen durchgeführt und hier an die S 17 Mrd. investiert wurden, die letzten zwei in einem Abstand von nicht einmal 3 Jahren, S 7 Mrd. Es gibt nirgends in Österreich auf so einem kleinen Gebiet wie Steyr ist pro Kopf der Bevölkerung Investitionen in dieser Größenordnung. Das ist in Wirklichkeit positiv. Und das kann uns auch optimistisch stimmen, weil diese Betriebe so modern investiert wurden, daß sie wahrscheinlich sehr konkurrenzfähig sind und zumindest, leider nicht mehr in dem Ausmaß, wie das in der Vergangenheit im sekundären Bereich der Fall war, Leute beschäftigen können. Aber die, die dort beschäftigt sind, werden wahrscheinlich aufgrund dieser Investitionen gute Chancen vorfinden. Es wird sich auch in Brutto auf die Gemeinde günstig auswirken, auf dem Finanziellen. Und was hier da mit dem Ausbau der Bahn St. Valentin - Steyr gesagt wird, so haben sie offenbar noch nicht registriert, daß der zuständige Ausschuß des OÖ. Landtages einstimmig beschlossen hat, den selektiven, zweigleisigen Ausbau dieser Bahnstrecke zu fordern und die OÖ. Landesregierung mit dem Bund aufzufordern, diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen. Also so ist es auch wieder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil ich es reklamiert habe, ich war ja dort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das freut mich und ich gratuliere ihnen und ich danke ihnen, wenn sie dort waren. Aber das ist doch ihre Verantwortung als Verkehrsreferent. Ich habe das schon x-mal getan. Aber wenn die OÖ. Landesregierung sich hinter dieses Vorhaben stellt, dann ist das jedenfalls nicht „NICHTS“. Und was den Ausbau der B115 anbelangt, da haben wir unsere Beschlüsse gefaßt, da haben wir die gesamte Region hinter uns versammelt, wir haben uns gemeinsam mit den Wirtschaftsbossen mit dieser Vorstellung dort vorgestellt und sehr genau und klar artikuliert, was wir wollen. Der zuständige Landesrat hat in Gegenwart des Landeshauptmannes versprochen, daß es wahrscheinlich noch im ersten Quartal, wollen sie sich etwas schaffen, Ausbauvarianten der B 115 zur Autobahn und nach Enns gibt. In Enns geht es ja auch hoch her, weil da geht es um die Umfahrung Nord und um die Verbindungsstraße zum Hafen. Und ganz zum Schluß haben sie gemeint, ich habe irgend etwas wieder verpackt. Das machen sie ja mit besonderer Begeisterung, weil wir die Brown-Boveri-Gründe nicht gekauft haben. Ich muß ihnen ehrlich sagen, ich hätte sie liebend gerne gekauft und dazu noch auch liebend gerne das Schloß Voglsang. Natürlich wäre es klass’, aber bitte sehr, erinnern sie sich an unsere Budgetklausur und Verhandlungen und an unsere Möglichkeiten, die wir im finanziellen Bereich haben. Das ist ja in Wirklichkeit, jetzt fällt mir der richtige Name nicht ein, jedenfalls nicht denkbar, daß man gleichzeitig sagt, sparen, sparen, sparen und gleichzeitig kaufen wir halt um S 60 Mio. das Schloß Voglsang und um S 12 Mio. diese Gründe da oben. Wir brauchen dringend die Gründe, die wir für die Stadtentwicklung brauchen. Das haben wir getan, und zwar in einem Ausmaß von S 250 oder S 260 Mio., das ist die größte Grundstückankaufspolitk in den letzten 20 Jahren, die in dieser Stadt durchgeführt wurde. Und eines hat mich noch motiviert. Der Direktor des Gymnasiums hat auch klar erkennen lassen und signalisiert, daß er an Außenstellen nicht interessiert sei. Er war nämlich der Meinung, daß man den Ausbau des BRG’s vornehmen sollte, und wir wissen, daß dieser Ausbau, gerade im Zusammenhang auch mit den Grünzügen, nicht möglich gewesen ist. Und die Ennser kämpfen auch schon sehr, sehr lange um ein Gymnasium. Und nur zu glauben, daß wir immer alleine erfolgreich sein können, das ist halt nicht so. Man muß auch wissen, daß, ich glaube 4 ganze Klassen aus dem Raum Enns in Steyrer Gymnasien zur Schule gehen, und daß für die Ennser selbst das natürlich eine interessante und naheliegende Forderung war, im eigenen Bereich, sie ist ja auch eine alte Stadt, auch ein Gymnasium zu haben. Das war auch die Intention des Landesschulrates, bitte sehr, und des Schulministeriums. So einfach ist das nicht, dann sich hinzustellen und zu sagen, der Bürgermeister ist schuld, weil wir kein 3. Gymnasium haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt für 15 Minuten eine Pause machen, weil ja alle schon sehr unruhig sind, und die Fraktionen können sich dann auch mit den Abänderungsanträgen befassen.

PAUSE VON 17.10 - 17.32 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Es liegt mir noch eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn GR Fürweger, bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nach diesen Wortmeldungen ist es gar nicht einfach hier weiterzureden. Es war eine gewisse Sachlichkeit vorhanden, die sich dann in eine Beschimpfung fortgesetzt hat, dann ist es durch den Kollegen der Grünen wieder sachlicher geworden und dann hat der Herr Bürgermeister wieder angefangen, ein bißchen zu schimpfen.

Gelächter

Ich glaube, es sollte uns schon möglich sein, so eine Sache wie das Stadtentwicklungskonzept zu diskutieren und auch zu kritisieren. Es geht ja doch auch um einen Auftrag in Höhe von S 1,650.000,-- an den Herrn Professor. Daß man da nicht mit allen Sachen einverstanden ist, das kann manchen Leuten, glaube ich, erlaubt sein. Ich möchte nicht im Jahr 1991 anfangen, aber ich möchte kurz ein bißchen vor der Inkraftsetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung anfangen. Das hat damit begonnen, daß wir eine somatische Darstellung vom Herrn Prof. bekommen haben, in der verschiedene Punkte erwähnt sind, wie sie die verschiedenen Fraktionen sehen. Das beginnt beim Charakter des Stadtentwicklungskonzeptes und geht dann gleich weiter zur Bürgerbeteiligung. Hier sagt zum Beispiel die ÖVP, das war im Vorfebruar 96, Einbindung Bevölkerung unklar, die Freiheitlichen sagen, Bürgerbeteiligung mangelhaft, die GAL sagt, Bürgerbeteiligung schlecht vorbereitet. Dann geht es weiter - Kommunalpolitik, Finanzen, Grundlagenpapiere, Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Soziales, Erlöse an stadteigenen Grundstücken, Widmungen, Trinkwasserversorgung, Einkaufsgebiet Münichholz, Aufstiegshilfen, Urnenfriedhof, Wohnraumbeschaffung, Mülldeponie, Nordwestspange, Grünflächenvorsorge, Mängel in der Schulversorgung. Das haben wir alles in der ersten Sitzung des Ausschusses am 8. Februar angesprochen. Wir haben 9 Sitzungen gehabt, insgesamt über 25 Stunden Sitzungszeit. Also wir haben uns, glaube ich schon, einigermaßen damit beschäftigt. Der Bürgermeister hat damals in dieser ersten Sitzung gemeint, wir werden vor dem Sommer zu einem Beschluß kommen. Er hat also den Sommer vorigen Jahres gemeint. Soweit ist es nicht gekommen, weil uns doch diese Themen sehr viel Arbeit gemacht haben. Wir haben damals angeführt, wir wollen mehr Bürgerbeteiligung, das ist ein Hauptanliegen von den Freiheitlichen. Wir wollen auch detaillierte Stadtteilkonzepte haben. Die ÖVP hat sich für die Einkaufspassage Münichholz eingesetzt, mit ihrem Fraktionsobmann StR. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

..... was dagegen?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Die Grünen haben die mangelnde Bürgerbeteiligung angesprochen und die fehlende Bitotopkartierung. Die Sozialistische Fraktion hat unter ihrem Fraktionsvorsitzenden gemeint, sie hat

eine weitgehende Zustimmung zum damalig vorliegenden Stadtentwicklungskonzept. Ausnahmen, 3 Punkte, Aufstiegshilfen, Kongreßzentrum und Grundstückverkaufserlöse sind zu hoch. Da sind wir verblieben. Dann sind wir in die Sitzung gegangen, haben hier dann 18 Themen festgelegt, die wir dann behandelt haben, über ein Jahr lang. Im Detail Kongreßwesen, Gewerbe und Industrie, Technologiepark, Baulandwidmung, Abgrenzung der Gebiete, Trinkwasserversorgung, Einkaufspassage Münichholz, Abfall, Kleingärten, Nordwesttangente, angesprochen von der ÖVP, Stadtgut-Erholungsflächen, auch von der ÖVP, Gaswerkareal, Wirtschaftshofnutzung, Studentenquartiere - von den Freiheitlichen -, Leitbild von den Freiheitlichen, Bürgerbeteiligung von den Freiheitlichen, Raumkonzept für städt. Großobjekte von den Freiheitlichen, überregionale Verkehrsanbindung von den Freiheitlichen, Verbesserung der Infrastruktur der Heimatorte von den Freiheitlichen. In der 3. Sitzung, im April, ist es um das Leitbild gegangen und dann um die Bürgerbeteiligung. Vielleicht allgemein zum Leitbild muß ich sagen, wenn sie sagen, Herr Bürgermeister, wir verallgemeinern hier. Sie haben auch immer verallgemeinert, wenn ich sie gefragt habe, was sie sich unter Technologiepark vorstellen. Wir haben auch nie eine genaue Antwort bekommen. Aber um zurückzukommen auf die Bürgerbeteiligung, hat der Kollege Oppl damals im April gemeint, eine weitere Bürgerbeteiligung sei aufgrund der komplexen Materie des Stadtentwicklungskonzeptes, weil für die Bevölkerung nicht überschaubar, nicht zielführend.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Habt ihr da ein Band mitlaufen?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das steht im Protokoll, von Herrn Dipl.-Ing. Grabner mitgeschrieben. Na ja, man kann das jetzt deuten wie man will, es klingt halt ein bißchen durch, für die Bevölkerung ist es anscheinend ein bißchen schwierig. Heute ist ja schon einmal ein anderer Satz gefallen. Prof. Breitling hat gemeint, Bürgerbeteiligung durch die politischen Mandatare sei zu machen. Also es ist eher unsere Aufgabe, das nach außen zu bringen. Ich habe dann vorgeschlagen, machen wir Stadtteilgespräche, gehen wir eine Woche vorher hinaus in die Stadtteile, Präsentation in den Sälen, wo diese Stadtteilgespräche stattfinden. Es ist dann soweit gegangen, hinaus müssen wir nicht, die Leute sollen schon zu uns ins Rathaus kommen, von Frau Vizebürgermeisterin Mach. Wie wir dann gesagt haben, na gut, machen wir es im Hof unten, in diesem großen Saal, rechts. Nein, das ist auch nicht gut, gehen wir in den Festsaal. Das ist ein bißchen versteckter, da werden die Leute schon hinfinden, wenn man das ordentlich ausschildert. Daß es dann nicht so wird, wie man will, glaub ich, ist klar.

Wir haben über Kongreßwesen gesprochen, wir haben über Gewerbe- und Industriewidmungen gesprochen. Hier ist gefallen, der Baudirektor hat gemeint, es müssen diskrete Gespräche an Bauernstammtischen stattfinden - mit Herrn Ing. Grassnigg -, wenn es darum geht, hier Flächen für Gewerbe- und Industriewidmungen zu bekommen. Diskrete Gespräche an Bauernstammtischen?! Das ist auch interessant, wie das ausschauen soll. Es ist dann um die Stadtguterweiterung und um den Technologiepark gegangen. Hier hat der ÖVP-Stadtrat Schloßgangl gesagt, eine Umsetzung des Technologieparks durch die Lage im erweiterten Wasserschutzgebiet sei problematisch.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das steht mir ja zu.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

In der 4. Sitzung, im Mai, Leitbilddiskussion fehlt.

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja, das ist, es fehlt, und wieder die Einkaufspassage Münichholz und da sagt Herr StR. Bremm, es ist dort nicht so wichtig, wenn man dort in den Wald hineingeht, das sind doch nur ein paar Stauden. Nur ein paar Stauden. Wir haben dann am 15.6. ein Bürgerstandl in Münichholz gemacht, weil uns das wirklich ein Anliegen war, wie man hier versucht hat, darüberzufahren. Man hat versucht, hier uns zu übertölpeln. Und nach unserer Aussendung - wir haben uns dort an einem schönen Samstag vormittag hingestellt. Und da sind immerhin sofort 139 Neinstimmen gekommen. 139 Unterschriften, in nicht einmal 2 Stunden. Ich möchte erinnern, 100 Fragebögen sind durch das Amtsblatt zurückgekommen. Bei uns sind 44 Briefsendungen, nur von Münichholz, nach ein paar Tagen zurückgekommen. Die Leute haben gesagt, nein, wir möchten das nicht.

Wir haben dann über die Nordwesttangente gesprochen, über das Reihofferareal. Ing. Grassnigg hat gemeint, es gibt konkrete Aussagen im Stadtentwicklungskonzept dazu, nämlich dichte Bebauung mit höchster Qualität. Bürgermeister, er könne sich einen Architektenwettbewerb über das Reithofferareal vorstellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kann ich mir nicht vorstellen, sondern haben wir schon vor Jahren gesagt, daß wir das tun.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Im September haben wir über Studentenquartiere gesprochen. Da sind wir wenigstens einer Meinung. Koll. Oppl meint, wir brauchen keine Studentenheime, vorher ist es gut, wenn man die Altbauten soweit saniert, damit die Studenten genügend Quartiere haben.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Auch ein bißchen falsch informiert, ist aber egal.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

So steht es im Protokoll.

In der 7. Sitzung im November dann, das war schon nach den Stadtteilgesprächen, haben wir uns eigentlich erwartet, jetzt geht es wirklich darum, zu erfahren, wie der Herr Prof. diese 5 Stadtteilgespräche umgesetzt hat. Und dann hören wir, daß es eigentlich nur mehr 3 diskussionswürdige Punkte gibt. Das war das Einkaufszentrum Münichholz, das ist noch einmal gekommen, Aufstiegshilfen und Technologiepark.

Dann haben wir noch einmal über eine Stunde debattieren müssen, um dieses Einkaufszentrum Münichholz wegzubekommen. Und es ist weg, der Technologiepark ist geblieben. Die Aufstiegshilfen finden allgemeine Zustimmung. In der 8. Sitzung ist es schon um Umwidmungen der Franziskaner usw. gegangen. In der 9. Sitzung haben wir eigentlich nur mehr debattiert, wann wir die nächste Sitzung machen und haben uns ein bißchen darüber geärgert, daß wir eigentlich keinen Rohentwurf des Konzeptes vor uns liegen haben. Das war also das letzte Jahr, diese 25 Stunden. Und um jetzt auf das Konzept zurückzukommen, es wird von Betriebsunfällen gesprochen. Da schreibt der Herr Professor, Betriebsunfälle, was an bedauerlichen Betriebsunfällen in planerischer Hinsicht geschehen ist, ist auf den herrschenden Zeitgeist zurückzuführen.

Also auf eigentliche Planung. Das haben sie heute auch schon so ähnlich gesagt. Die in den 60er Jahren, die haben das im guten Glauben gemacht. Nun ich denke aber, was wir heute erst wieder machen wollen, in diesem Jahr, einen Spatenstich für ein Bahnhofsparkdeck, das betrifft glaube ich schon uns. Es ist gut, daß auch heute der FA-Leiter für Hochbau da ist, denn wir urgieren nochmals. Wir möchten ein Bild sehen, wie dieses Parkdeck aussieht, und zwar von der Seite, vom Tabor Restaurant, vom Forum oben, wie es sich mit dem Stadtbild verträgt. Und ich möchte hier schon erwähnen, daß es einen Zeitungsartikel gibt, in dem der Tiefbaufachabteilungsleiter sagt, es ist oberstes Gebot für das Stadtbild, beim Schleifersteg, wie dieses Kraftwerk aussehen soll. Also wenn es dort oberstes Gebot ist, Herr Bürgermeister, dann muß es auch da drüben oberstes Gebot sein. Das möchte ich dann schon haben. Zu den Ausländern sagt der Herr Professor auch ganz etwas Interessantes, und da stimme ich voll mit ihm überein, wenn er meint, wenn in einem Stadtteil 15 % Anteil zuviel bzw. überstiegen wird, dann kommt es zu Problemen, weil sich die Österreicher an die Wand gedrückt fühlen. Eine Seite später, auf Seite 8, spricht er dann von einem positiven Bevölkerungstrend. Na gut, der ist gekommen, durch die Ausländer. Durch die ist die Stadtbevölkerung angewachsen, nicht durch die Steyrer. Und wenn ich auf Seite 49 schaue, da sagt er uns dann in den Maßnahmen, Tendenz zur Überfremdung in einzelnen Stadtteilen, Ziele: Ausländeranteil in den einzelnen „Grätzel“ auf ein normales Maß bringen. Maßnahme: Ausländeranteil, die statistische Zone nicht über 15 % steigen lassen, bei stärkerem Ausländeranteil - Aktivität zur Reduktion. Dann möchte ich aber wissen, wie wir das machen sollen. Wie sollen wir eine Reduktion durchführen?

Zur **Nordwesttangente** ist eigentlich zu sagen, diese Bezeichnung „Demarkationslinie“ ist schon ein bißchen stark. Auf der einen Seite .....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein Gott, tun wir doch nicht Wort klauben!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

..... sagen sie, wir sollen diese Heimatorte auch verbinden, nicht abschotten, hier sagen sie, es soll das dörfliche Gleink nicht mit dem Resthof zusammenwachsen. Bitte jetzt gehen die Volksschüler vom Stadtteil Resthof nach Gleink in die Volksschule.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es gibt eine momentane Verbindung und die wollen wir jetzt noch mehr zerschneiden. Übrigens, sie sagen, es kommt eine Volksschule, ja dann frage ich sie: „Wohin bitte?“ Dann frage ich sie wirklich, wohin, viel Platz für eine Schule ist jetzt im Resthof nicht mehr. Da müssen’s auf die Kirche verzichten, Herr Stadtrat. Und das wollen wir, glaube ich, nicht. Da müssen wir auf die Kirche verzichten, weil das wäre ein guter Platz, mitten im Resthof, aber nicht jetzt nördlich, vielleicht beim Sportcityzentrum Glaser eine Volksschule, weil dann können sie gleich nach Gleink gehen. Und im anderen Bereich, südlich davon, hat die GFM ein großes Grundstück. O.K. Dann kommt sie vielleicht dorthin.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es gibt andere Grundstücke!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber bitte, sprechen wir dann wirklich genau darüber, tun wir nicht immer nur verallgemeinern, ja.

Sie sprechen auch unter Wohnen von einem extremen Individualismus der jüngsten Zeit. Wenn sie einen Häuselbauer der letzten 20, 30 Jahre als extremen Individualisten ansprechen, ist das eine überzogene Formulierung. Wenn sie glauben, daß wir verdichten müssen, 25 pro Hektar, heute haben sie sogar gesagt 100 pro Hektar, dann glaube ich auch, daß das zu noch mehr Problemen führt, als sie glauben, daß es zu wenigeren Verkehrsproblemen führt, weil wir nämlich in diesen verdichteten Zonen keine Infrastruktur haben - siehe Resthof.

Und wenn einmal die Nordspange gebaut ist, könnte man 18 ha für Industrieansiedlungen erschließen und da meinen sie den Technologiepark, 18.000 ha, bitte 180.000 m2, 300 Parzellen. Das wollen wir im Norden der Stadt für Industrie widmen? Das kann ich mir nicht vorstellen, da schließe ich mich dem Grünen Vorredner an. Das ist eine zukünftige Neuerungsfläche, sonst nichts anderes.

Wenn sie unter **Denkmalpflege** sagen, in einer Stadt wie Steyr, mit ihrem Stadtbild, ist es schützenswert, daß wir die Stadtansichten und die Fronten schützen, daß wir die Struktur der Gebäude einhalten, daß wir die Ensemble schützen, dann komme ich wieder zum Bahnhofsparkdeck. Wo wollen wir das machen, wenn wir nicht einmal ein Bild davon haben?

Gelächter

Ich möchte aber auch positive Sachen anführen, es ist sonst alles anscheinend zu lustig, wenn man ein bißchen kritisiert, aber mir gefällt sehr gut, wenn der Herr Professor davon spricht, daß unsere **Parkplätze** nicht sehr schön sind. Wenn er davon spricht, daß das Pfützen sind, draußen beim Krankenhaus dieser Park-and-ride-Parkplatz, wenn er vom Steyrer Marktgelände spricht, wie dort die

Oberfläche aussieht. Sie ist nicht gerade einladend zum Parken. Ich glaube es wäre schon mit wenig Schotter abgetan und vielleicht auch in manchen Bereichen mit einem bißchen Asphalt, damit die Leute dort wirklich ordentlich parken können und nicht ihr Auto in eine Pfütze stellen müssen. Wenn er sagt, daß **Kinderspielplätze** in manchen Stadtteilen fehlen, er hat das ja festgestellt. Und das ist, glaube ich, das Gute daran, daß man uns damit beschäftigt hat. Wir sind ein bißchen betriebsblind geworden. Er hat schon festgestellt, daß in manchen Stadtteilen manche Sachen komplett fehlen. Und im Steyrdorf fehlt ein Kinderspielplatz, von mir aus muß das kein riesiger sein. Es fehlt einfach nur ein „Sandkisterl“ für 3jährige. Das gibt es in ganz Steyrdorf nicht. Es wäre im Bereich des Wieserfeldplatzes sicherlich möglich, hier irgendwo eine Kinderspielecke zu machen.

Es ist auch positiv, wenn er sagt, daß Kolping renoviert werden soll, um endlich für die Bevölkerung Gemeinplätze zu finden. Auch das kann man nur unterstreichen.

Vielleicht noch zum ÖVP Stadtrat, weil er gemeint hat, der Technologiepark ist das Um und Auf. Sie haben aber selbst in einer Sitzung gesagt, zwischen Steyr Mannlicher und Gußwerk II gibt es 70.000 m2 Industriegrund. Den sollte man glaube ich auch nützen. Und es ist halt so, wenn heute gesprochen wurde, es fehlen die Visionen, da muß ich sagen, es fehlt das Moderne. Wo können wir in Steyr modern bauen? Wo ist der Platz, wo wir vielleicht etwas für später gestalten können? Wo wir sagen können, jetzt haben wir etwas gemacht, das ist etwas Bleibendes. Das fehlt uns ein bißchen. Wo ist das Schöne? Wo ist wirklich das Schöne? Die Bürger brauchen ab und zu von Politikern ein paar Blumen, sie brauchen Aufstiegshilfen. Machen wir ihnen ein Geschenk und machen wir ihnen eine Aufstiegshilfe und reden wir nicht immer davon. Machen wir es halt, wenn wir auch wissen, daß es vielleicht nicht unbedingt notwendig für alle ist, aber manche freuen sich halt über Blumen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sind wir froh, daß wir ein Budget haben.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Eigentlich sollte man hier nicht lange über Kinderspielplätze diskutieren, das sind Selbstverständlichkeiten.

Wenn der Bürgermeister meint, die Stadt kann keinen Einfluß auf fremde Grundstücke nehmen. Ja und bei anderen Sachen wieder, die der Stadt gehören, nehmen wir auch keinen Einfluß, Schloßparkpavillon, Lebzelter Haus das gehört der Stadt und wir reden uns immer auf Pachtverträge aus und, und, und. Bitte das gehört der Stadt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber der Vertrag ist schon etwas, ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Vertrag ist Vertrag .....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

..... was man eigentlich halten soll?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Vertrag ist Vertrag - keine Frage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich frage ja nur.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber man kann sich bemühen, auch Verträge im beiderseitigen Vernehmen .....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

.....abzuändern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie einen Lebzelter haben, dann mache ich das übermorgen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich glaube, auch hier soll einmal ein bißchen ein Wille dasein und man soll sich nicht nur immer auf eine Seite schmeißen. Es gibt immer zwei Vertragspartner.

Zum **Wieserfeldplatz** möchte ich schon noch etwas sagen, da ist es natürlich nicht mit dem Umstellen von ein paar Abfallcontainern getan. Ich glaube, das wissen wir alle. Dieser Platz ist so groß, daß er mehr Beachtung verdient. Man könnte dort einen Brunnen aufstellen, eine Allee, eine Pestsäule errichten. Man kann dort den Platz wieder für die Abhaltung von Markttagen, für Festivitäten und für Zusammenkünfte der Bevölkerung zur Verfügung stellen.

Da muß man halt die Oberfläche ein bißchen gestalten und doch einmal eine Planung machen und nicht jetzt sagen, ein paar 100.000 Schilling haben wir dafür. Wir wissen selbst, damit kommen wir ja nicht aus. Zuerst müssen wir den Kanal dort oben machen, dann kann man erst oben weitertun. Und nur mit dem Umstellen von Abfallcontainern, glaube ich, ist es nicht getan.

Vielleicht abschließend jetzt. Unsererseits ist schon das große Minus die **Bürgerbeteiligung**, ich würde sagen die Bürgermitarbeit, die nicht so stattgefunden hat, wie wir es uns vorgestellt haben. Und daß uns der Herr Professor die Lieblingsprojekte des Bürgermeisters, das hat sich durch dieses eine Jahr herausgestellt, das ist eben das Einkaufszentrum Münichholz und der Technologiepark gewesen, daß das zu stark im Vordergrund war, wo wir einfach nicht die Notwendigkeit gesehen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So ein Blödsinn. Lieblingsprojekt, das hab' wirklich nicht ich erfunden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist die nächste Unterstellung. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Eisner.

GEMEINDERAT MARTIN- RANDOLF EISNER:

Ich habe, wie ich letztes Mal gesprochen habe, gesagt, daß ich mich an Zahlen, Daten und Fakten orientiere, und da paßt das alles sehr gut dazu. Ich bin heute in meiner 6. Sitzung des Gemeinderates in Steyr und bin eigentlich das erste Mal beschämt und schäme mich eigentlich dafür. Ich glaube nicht, daß es eines Menschen irgendwie würdig ist, daß ein Vizebürgermeister so wirklich jemand anderen abkanzelt und relativ genau weiß, daß sich der eigentlich nicht wehren kann. Jetzt aber zum **Stadtentwicklungskonzept**. Was ich glaube, nämlich allgemein gesprochen, was wir uns alle wünschen, was oft gewünscht wird und was man so raushört, es ist eine menschliche Sache, eine Anleitung zum Handeln. Das heißt, ich zahle mir jemanden dafür, den Herrn Prof. Breitling, und der sagt mir dann genau, was ich tun muß. Und ich glaube, das ist es einfach nicht, und das müssen wir auch alle irgendwie verstehen. Wenn da gesprochen wird, es sind zuwenig Visionen da, dann mag das stimmen. Aber ist es nicht unsere Aufgabe als Gemeinderat, wir sind 36 Leute, diese Visionen, die wir haben, anhand einer Grundstruktur zu entwickeln? Der Herr Professor hat es heute schon gesagt. Das heißt, ein Stadtentwicklungskonzept ist doch bitte ein lebendiges System, mit dem wir dann - so etwas wie Plastilin - was haben, mit dem wir dann als Grundwerkstoff werken können. Und zum Schluß noch ganz kurz fachlich über das Entwicklungskonzept, über diese **Nordwestspangenfläche,** wo der Vanek Marco gesagt hat, daß die drinnen als Grünzone irgendwie dekoriert ist, das findet er komisch. Da haben wir bitte auch schon des öfteren in den Ausschüssen diskutiert, daß das nötig ist, daß uns da niemand ein „Häusel" hinbaut, weil ja dann diese Westspange nicht mehr möglich ist. Und ich glaube, ich bin Radfahrer, Fußgänger und sicher kein Verfechter des Verkehrs, aber ich denke, wir haben in Steyr so viel verkehrstechnische Butter am Kopf, daß wir eine Westspange oder so etwas brauchen, damit wir das irgendwie in den Griff bekommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn GR Eisner, eine Wortmeldung noch von Herrn GR Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Herr Professor Breitling, Frau Vizebürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Dieser vorgelegte Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes beinhaltet eine sehr gründliche und umfangreiche Bestandsaufnahme des Wesens der Stadt Steyr und der Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt Steyr. Das Konzept, das ich ganz gut in der Kurzfassung und durch die vielen langwierigen Ausschußsitzungen kenne, ist für mich und meine Fraktion ein lebendiges Produkt. Es ist ein Werk, welches als Basis für die Phantasie der

Verantwortlichen und gewählten Mandatarinnen und Mandatare dienen soll. Das vorliegende Stadtentwicklungskonzept ist die Grundlage für das von unserer Fraktion schon lang verlangte mittelfristige Finanzierungskonzept. In dieses Finanzierungskonzept ersuche ich sie, Herr Bürgermeister und zugleich als Finanzreferent, eine höhere Wirtschaftsförderung einzubauen. Die hohe Arbeitslosenrate und die tristen Zukunftsaussichten einiger Betriebe erfordern rasches Handeln, damit wir von den negativen Ereignissen nicht überholt werden. Meine Fraktion wird natürlich dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung geben, weil wir der Meinung sind, daß jede weitere Verzögerung für unsere Stadt nur Nachteile bringen kann. Im Detail möchte ich noch zu einigen umstrittenen Punkten Stellung nehmen. Ich wollte es eigentlich nicht. Die ÖVP-Fraktion hat nach Vorlage des ersten Entwurfes als erste Herrn Prof. Breitling zu einer Diskussion in eine lange Fraktion eingeladen und alles mit ihm sehr offen und ausführlich diskutiert.

Einkaufspassage Münichholz, die der ÖVP immer als Befürwortung unterstellt wird. Die erste Version war durch den Wald. Herr Professor, sie können sich sicher erinnern, in dieser Fraktion habe ich mich vehement dagegen verwahrt, durch den Wald eine Schneise zu schlagen. Aber die nachher eingeplante Variante könnte mir, an der Ostseite der Punzerstraße, wo der Wald praktisch nur mehr sehr wenig ist, wenn sich Bewerber oder Interessenten für Geschäfte dort finden, gefallen.

Technologiepark - Rösselsprung. Wir brauchen in Steyr Vorbehaltsflächen für ansiedlungswillige Betriebe und müssen unbedingt der starken Konkurrenz der Umlandgemeinden, welche wesentlich mehr und auch vom Anschaffungspreis her günstigere Grundstücke zur Verfügung stellen, Parole bieten, daß nicht noch mehr expandierende Betriebe aus Steyr abwandern bzw. gar nicht zu uns kommen. Sollte dieses Gebiet jedoch zum erweiterten Brunnenschutzgebiet umgewidmet werden, ist, wie ich schon vorher erwähnte, die Fantasie von uns Mandatarinnen und Mandataren gefordert, neue Lösungen zu suchen, evtl. nur umweltfreundliche Betriebe oder irgendwo anders hinverlagern.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wir beschließen es ja erst, bitte. Wir haben jetzt den Entwurf vorgelegt bekommen, ich habe zwei Wochenenden verbracht, ihn gründlich zu studieren. Und es war in der letzten Ausschußsitzung eine

Bedingung von unserer Seite, daß mind. zwei Wochenenden vor der entscheidenden GR-Sitzung der endgültige Entwurf vorliegen muß.

Dann der **Grüngürtel** für die Westspange. Als Ergänzung zur Nordspange ist er unbedingt notwendig, um den Durchzugsverkehr von Steyr wegzubringen. Wir können und dürfen uns nicht vor der Notwendigkeit, für die erforderlichen Verkehrsflächen sorgen zu müssen bzw. diese zu planen, verschließen. Daher bin ich für die Planung des Grüngürtels als Vorbehaltsfläche für die Westspange. Ich kann für meine Fraktion sagen, daß wir natürlich aus diesen Erläuterungen heraus, ihren beiden Abänderungsanträgen unsere Zustimmung nicht erteilen können. Ich ersuche aber um eine breite Zustimmung in diesem Forum für das vorliegende Stadtentwicklungskonzept, damit die positive Entwicklung unserer Stadt weiter beschleunigt wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Eine Wortmeldung noch, Herr StR. Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Herr Prof. Breitling, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. Ich hätte mich sonst nicht gemeldet, aber ist es mir ein Anlaß, ich möchte sagen, konkret auf die Beschimpfungen einzugehen und in der Folge des Vizebürgermeisters Pfeil auf das Konzept, aber nicht nur auf das Konzept, sondern im grundsätzlichen auch persönlich. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, darf ich doch darauf verweisen, daß es ein Konzept ist, das sehr lange, sehr gründlich, sehr oft und sehr eingehend, wirklich sehr eingehend, alle Wünsche seitens der Funktionäre, Parteien und Fraktionen in dieser Stadt miteingeflossen sind bzw. mitberücksichtigt wurden. Natürlich gibt es persönliche Interessen eines Entwicklers, wenn ich das so sagen darf, die auch mit eine ganz wesentliche Rolle spielen, aber im wesentlichen sind es natürlich die Erfahrungswerte, die da eingebracht wurden und aus der Historie bzw. in die Zukunft auch andere Städte sozusagen bzw. andere Kommunen hier auch mit hineinzuspekulieren, wenn ich das so sagen darf. In dem Zusammenhang ist es für mich ein unverzeihliches Vorgehen, wenn ich beinahe persönliche Beschimpfungen vornehme. Und Herr Dr. Pfeil, ihres Namens gerecht, haben sie genau das getan, nämlich genau das abgeschossen, was mit ihrem Namen zu vergleichen ist. Ich möchte das wirklich und da habe ich fast den gleichen Wortschatz, was nämlich einer unserer jüngsten Mitglieder in unserem Gemeinderat gesagt hat, ich schäme mich, nämlich gegenüber der Öffentlichkeit, wenn wir so vorgehen. Noch dazu, wenn man weiß und wenn man die Statuten kennt bzw. die Abhandlungen, daß sich der, der sich mit den Dingen zu beschäftigen gehabt hat und alle unsere Wünsche und Anregungen mit hineinverpacken mußte bzw. strukturieren mußte, daß sich der nicht einmal dagegen wehren kann. Das ist eine Art, die ich wirklich verwerfe - in aller Deutlichkeit. Wenn schon, dann sollte man wirklich ein bißchen menschlicher umgehen. Und es hat eigentlich in der letzten Zeit sehr stark zugenommen, außerhalb der Menschlichkeit Kritik zu führen. In diesem Zusammenhang würde ich nur bitten, sich auch darüber Gedanken zu machen, weil es für mich eine bittere Erinnerung ist. Wirklich wahr. Es ist eine bittere Erinnerung, daß wir über ein Projekt, über ein Produkt sozusagen, in dieser Stadt, uns auch unterhalten haben, nämlich im Zusammenhang unseres Hochregallagers der Steyrer-Daimler-Puch, wo einer aus ihrer Fraktion, Herr Dr. Pfeil, lange Zeit im Gemeinderat sitzend, darauf beharrt hat und mich sogar noch beschimpft hat, auch im Weksbereich mich noch angegangen hat, weil dieses Produkt sozusagen, dieses Projekt, anders gestaltet werden mußte, nämlich der Höhe nach und weil es dort unerträgliche Ausmaße gehabt hätte, hätten wir so gebaut, wie es von dem Herrn gewünscht war. Ich darf nur sagen, bei den Planungen und bei den einzelnen Werteinschätzungen sind natürlich die Geschmäcker und die Interessen verschieden. Eines sollte man nicht tun, wenn man gegen irgend etwas ist, oder wenn man glaubt, etwas ändern zu wollen, daß man dann so ein wichtiges Konzept wie dieses unter Umständen nur kritisiert. Es sind

viele Dinge drinnen, soweit ich mich erinnern kann, Herr Dr. Pfeil, was auch aus ihrer Fraktion und wie sie noch nicht drinnen waren, auch von Eichhübl und anderen Vorgängern, sozusagen auch oftmals angesprochen wurden. Die Zeiten haben sich geändert. Und ich möchte das noch einmal unterstreichen, daß vieles auch aus ihren Kreisen Gesprochene da drinnen steht, und daher wäre es zumindest auch anerkennenswert, wenn sie das eine oder andere als wirklich würdig angesehen hätten. Ich freue mich persönlich, daß das Konzept in dieser Form entstanden ist, weil es viele Projekte beherbergt, die der Nachwelt, unserer nachkommenden Generationen und der Umwelt, vor allem das, was wir ihnen hinterlassen, auch mit berücksichtigt wurde. Ich glaube, das ist das Wichtigste. Wir sollten schauen, daß wir das, was wir haben, wirklich erhalten und etwas Erhaltenswürdiges beibehalten, und daß wir das, was uns ganz besonders am Herzen liegt, nämlich die Umwelt für die Nachkommen, sozusagen auch erhalten. In diesem Zusammenhang darf ich dem Prof. Breitling recht herzlich für dieses Produkt danken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr StR. Tatzreiter. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Eigentlich ist das Konzept von allen Seiten diskutiert worden. Ich kann nur sagen, ich hab' weder Lieblingsprojekte noch sonst irgend etwas in dieses Konzept hineinverpacken wollen. Die Lieblingsprojekte sind zum Teil schon realisiert bzw. in Planung oder Durchführung. Gott sei Dank muß ich sagen, weil wenn man auf dieses instabile Stimmverhalten mancher hinweisen muß, dann wäre es sonst wahrscheinlich nicht vonstatten gegangen. Ich glaube, daß wir eigentlich heute wieder einmal eine Diskussion abgeführt haben, wo wir es an Sachlichkeit haben wissen lassen. Ich kann nur wiederholen, daß es ein gutes, ein wissenschaftlich erarbeitetes Konzept ist, in dem hier alle Vorstellungen und Meinungen der Fraktionen, aber auch die der Bürger, die herangezogen wurden, auch eingegangen und eingearbeitet sind. Ich habe auch festgestellt, daß das eine und andere zwischen Protokollführung aus den Sitzungen und dem, was da drinnen steht, noch geringfügiger Korrekturen und Abstimmungen bedarf. Wir haben das auch im Vorfeld festgestellt, weil wir schon sehr unter Zeitdruck alles vorbereiten mußten und Herr Prof. Breitling sich sehr bemüht hat, uns auch noch letzte Unterlagen zu liefern. Ich glaube, daß wir mit diesem Konzept wirklich ein Instrumentarium in der Hand haben, wo wir uns in Zukunft leichttun werden. Und darauf kommt es an. Ich glaube, es ist in diesem Konzept nichts drinnen, bei dem man meinen müßte, wenn das geschieht, dann trifft eine Fehlentwicklung in unserer Stadt zu. Ganz im Gegenteil, bis in viele Details hinein sind hier die Perspektiven und Linien in die Zukunft in positiver Weise angedeutet oder festgeschrieben. Wir werden genug zu tun haben und zuwenig Geld haben, wahrscheinlich das in der Zeit, in der wir uns das eigentlich vornehmen, zu realisieren, weil wahrscheinlich sein wird, daß die eine oder andere Notwendigkeit, an die wir heute noch nicht denken oder die auftreten wird, uns das Tempo auch noch verlangsamen wird, in dem wir Schritt um Schritt dieses Konzept umsetzen. Es tut mir leid, daß wir hier gewissen Überlegungen nicht folgen können, die von der GAL Fraktion gekommen sind. Ich glaube nicht, daß dann, wenn hier zusammengerechnet 80 % der Bevölkerung, die die Betriebsansiedlung, die Beschäftigung mit großer Sorge betrachten, daß wir uns eine solche Option jetzt schon in dieser Phase nehmen lassen sollen, das ist auch mehrfach angesprochen worden. Ich glaube nämlich, daß gerade, wenn wir einen Mittelbetrieb hätten, der sich bei uns ansiedeln möchte, wir unmittelbar vor die Aufgabe gestellt werden, auch entsprechende Gründe bereitzustellen, aufgrund dieses Konzept nicht vorgesehen, daß im nächsten Flächenwidmungsplan dieses Vorbehaltsfläche für den Technopark drinnen ist. Das wäre frühestens der Übernächste aufgrund der Fristen, die es hier gibt. Und jetzt das hier hineinzuschreiben, halte ich beim gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der

Beschäftigungsproblematik für unverzichtbar. Wir müssen das drinnen haben. Ich glaube und auch das ist gesagt worden, daß man zukünftige Generationen nicht damit belasten könnte, was wir heute beschließen, es darf keine Nordwest Spange geben. Stellen sie sich vor, meine Damen und Herren, wenn ein Bürgermeister, ein Verkehrsreferent, ein Straßenbaureferent in zwei Funktionärsgenerationen vielleicht antreten muß - wir werden früher antreten -, aber mit so einem Beschluß hier zum Land geht und sagt, wir möchten gerne doch bitten, daß man langsam einer Planung nähertritt, um unser Verkehrsproblem zu lösen. Wir werden 1/3 des Verkehrs auf der stärkst belasteten Strecke Blümelhuberberg, Ennserstraße durch die Nordspange reduzieren. Vielleicht können es mit Leitmaßnahmen 50 % sein. Wir wissen aber gleichzeitig, was uns im Hinblick auf die weitere Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs prognostiziert ist. Und es wird im Laufe der Zeit wieder zu einer stärkeren Verkehrsbelastung kommen und man muß sich einmal überlegen und sich ins Gedächtnis rufen, was unsere Bewohner im Bereich des Taborknotens und entlang der Ennser Straße uns immer wieder bei den Bürger- und Stadtteilgesprächen gesagt haben. Da werden wir wahrscheinlich eine Entlastung benötigen, zumindest vom Durchzugsverkehr, und daher wird - ob wir das wollen oder nicht - wahrscheinlich diese Umfahrung einmal notwendig werden. Daher sehe ich mich, und unsere Fraktion, außerstande, dieser Überlegung, die ja schön wäre, wenn man sie nicht brauchen würde, näherzutreten. Wir werden also diese beiden Abänderungsanträge aus den erwähnten Gründen ablehnen müssen. Ich bitte aber trotzdem um eine möglichst breite Zustimmung zum Konzept. Ich erinnere daran, daß ich von Anfang an bemüht war und unentwegt aufgerufen habe, hier in dieser Frage, die eine Konsensmaterie ist, wirklich zu versuchen in langen und langen Verhandlungen - 4 1/2 Jahre ist wirklich ein langer Zeitraum - doch zu einer Einigung zu kommen. Wenn das auch nicht in allen Punkten eines so umfassendes Konzeptes möglich ist, so könnte trotzdem jeder seinen guten Willen unter Beweis stellen, daß er dieses Konzept mitträgt. Es ist eine Leitlinie für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in die Zukunft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Mein Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung des Hauptantrages kommen, müssen wir vorher über die beiden Abänderungsanträge abstimmen.

Der erste Abänderungsantrag lautet: Der Gemeinderat spricht sich gegen eine Berücksichtigung der Planungsansätze der Nordwestspange im Stadtentwicklungskonzept aus.

Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 2 Stimmen (GAL). Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen den Abänderungsantrag?

Der Rest. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Abänderungsantrag. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. 7 Stimmen (2 GAL, 5 F). Wer enthält sich der Stimme? Wer ist gegen den Abänderungsantrag? Der Rest. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Hauptantrag.

Wer die Zustimmung für das Stadtentwicklungskonzept erteilt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 21 Stimmen (15 SP, 6 VP). Wer enthält sich der Stimme? 4 Enthaltungen (F). Wer ist gegen das Stadtentwicklungskonzept? 4 (2 GAL, 2 F). Danke, das Stadtentwicklungskonzept wurde mit Mehrheit beschlossen.

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft.

Wir kommen zur ***Aktuellen Stunde***. Themen? SPÖ: 1 Thema, Koll. StR. Bremm, bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich werde es kurz machen, aber in Anbetracht der Brisanz möchte ich doch die Aktuelle Stunde heute nützen, um hier zur unendlichen Geschichte in Münichholz Stellung zu nehmen und den Gemeinderat dann auch ersuchen, hier den Mietern in Münichholz die Unterstützung zugedeihen zu lassen. Wie ja in dem Kreise bekannt ist, ist seit 1983 ein Gerichtsverfahren, ein Musterprozeß, geführt worden, aus dem Grund, weil die WAG zu hohe Mieten im Bereich der Altbauten über mehrere Jahre eingehoben hat. Es hat hier einen Prozeß bis zum Obersten Gerichtshof gegeben. Der Oberste Gerichtshof hat den Mietern recht gegeben. Es sind dann die Mieter im Jahre 1991 aufgefordert worden, ihren Rechtsanspruch durch Unterschrift eines Formulars zu erhalten. Es ist dann auch mit dem Ministerium, mit dem Finanzministerium als Eigentümervertreter, verhandelt worden. Im Jahr 1994 ist hier eine Einigung in der Form zustande gekommen, daß die Mieter ihr Recht bekommen, und daß den Mietern die überhöhten Mieten in einem bestimmten Ausmaß zurückgezahlt werden. Diese Entscheidung hat sich aber jetzt auch noch über einige Zeit hinausgezögert. Und es sind jetzt vor wenigen Wochen seitens der WAG die Schritte gesetzt worden, die Mieten endgültig zurückzuzahlen. Jetzt ergibt sich die Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die WAG nur jenen Mietern, die ihren Rechtsanspruch mit Unterschrift 1991 bekundet haben, die überhöhte Miete zurückzahlen will und alle jene, die aus irgendwelchen Gründen auch immer keine Unterschrift geleistet haben, die sollen die Miete nicht rückerstattet bekommen.

Es sind hier Spitzfindigkeiten, es ist glaube ich, einfach in den Vordergrund zu stellen, daß hier der Gleichheitsgrundsatz .....

Herr Univ.-Prof. Dr. Peter Breitling entschuldigt sich, daß er die Sitzung verlassen muß und verabschiedet sich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Ich glaube, hier ist einfach der Gleichheitsgrundsatz anzuwenden, daß alle Mieter, die hier überhöhte Mieten bezahlt haben, daß sie diese auch rückerstattet bekommen. Das ist das legitime Recht eines jeden Mieters. Ob hier so juristische Spitzfindigkeiten anzuwenden sind oder nicht, es ist die moralische Verantwortung und Verpflichtung der WAG, die ja eine große Wohnungsgenossenschaft ist, hier den Mietern ihren Rechtsanspruch zu gewähren. Das wird möglicherweise ein Streit werden und darum ersuche ich hier den Gemeinderat, den Mietern in Münichholz, wenn es notwendig ist, einen Rechtsbeistand zu gewährleisten, um hier das doch rechtlich überprüfen zu lassen und wenn

notwendig, das auch rechtlich zu bekämpfen und einzufordern. Und für gleiche Unterstützung möchte ich auch ersuchen, es gibt massive Probleme bei der Fernwärme, die ja seit einiger Zeit in den Altbauten in Münichholz installiert wurde bzw. nach wie vor wird. Es ist hier den Mietern seinerzeit ein Preis für die Installierung der Fernwärme gesagt und auch vereinbart worden. Und jetzt nach 1 1/2 Jahren müssen hier die ersten Mieter, die die Abrechnung bekommen, sehen, daß die seinerzeitigen Preise, die von der WAG gesagt wurden, wesentlich überhöht sind. Und hier ist auch rechtlich zu prüfen, ob nicht zu hohe Verwaltungskosten gerechnet wurden und ob die Abschreibungen der Anlagen, die auf eine geringere Anzahl von Benützern, wie seinerzeit vorgesehen, ob das rechtlich ist. Also hier brauchen die Mieter von Münichholz Unterstützung und würde auch hier ersuchen, daß wir den Mietern in Münichholz einen Rechtsbeistand seitens der Stadt zugestehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu FP? ÖVP? Koll. Gabath.

ÖVP berät sich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt dazu eine Wortmeldung? Bitte, Koll. Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Stellung der ÖVP-Fraktion ist folgende. Ich kenne diese Probleme, speziell mit den Heizkostenabrechnungen, zu mir sind auch schon sehr viele Bürger gekommen, daß die sehr überhöht und relativ undurchsichtig nachzuvollziehen sind. Wenn es eine Möglichkeit gibt, daß die Stadt rechtlich diesen Mietern helfen kann, ist natürlich die ÖVP-Fraktion dafür. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. GAL, dazu? Keine Wortmeldung? Ein neues Thema FP? ÖVP? Grüne? Nichts. Meine Damen und Herren, wir haben auch die Aktuelle Stunde erledigt. Ich bedanke mich herzlich und bin froh darüber, daß dieses Konzept endlich beschlossen ist und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.27 UHR